



Info-Brief

Nr. 29 / 2020

Liebe Mitglieder des
Rheinischen Pfarrvereins,

liebe Leserinnen und Leser
dieses 29. Infobriefs,

hätte es nur die „Zwölf Leitsätze für eine aufgeschlossene Kirche“ der EKD Anfang November 2020 gegeben, ohne dass vorher die im Sommer bekannt gewordenen „Elf Leitsätze“ je den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hätten - sie wären dort möglicherweise kaum wahrgenommen worden. Es lässt sich ebenso fragen, ob sie überhaupt irgendwelche Auswirkungen auf das kirchliche Leben haben werden, und, wenn ja, welche. Mit deren Verabschiebung auf der EKD-Synode ist jedenfalls die Diskussion um sie schlagartig zur Ruhe gekommen. Man könnte daher fragen, ob es noch einen Sinn hat, sich noch mit der ursprünglichen Fassung der „Elf Leitsätze“ zu befassen. Die heftige Diskussion - vor allem im „Zeitzeichen“ - hat man sich offensichtlich in EKD-Kreisen sehr zu Herzen genommen.

Der Vorstand des Pfarrvereins war der Meinung, dass es gut wäre, diese kurze Zeit des heftigen Diskurses darüber nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Zu sehr waren wir von der provozierenden und unsensiblen Sprache und den nach unserer Ansicht völlig unausgegorenen Thesen bewegt und aufgewühlt. Deswegen wollen wir ganz bewusst den „Elf Sätzen“, auch wenn sie inzwischen gegenstandslos sind, ein Denkmal setzen, damit nie-

Vom Nutzen des Evangeliums für die Gesellschaft

Reinhard Schmidt-Rost

3

Die drei Freiheiten der Evangelischen Kirche

Stephan Sticherling

5

Bericht des Vorsitzenden

Friedhelm Maurer

12

Entwurf eines offenen Briefes

19

„Legen Sie einmal die früheren elf Leitsätze neben die zwölf Sätze...“

Rolf Wischnath

21

Von oben herab / Ausgefallene Feste

Reinhard Schmidt-Rost

25

Die Restitution des Gemeindeprinzips als Profilraum der Zukunft

Hartmut Becks

28

Fragen an das EKD-Ratsmitglied...

...Jacob Joussen

37

In eigener Sache...

pfarrverein-rheinland.de

24

mand vergisst, dass es so etwas einmal in der Geschichte unserer Kirche gegeben hat. *Friedhelm Maurer* setzt sich in seinem Rechenschaftsbericht ausdrücklich mit ihnen auseinander. Der „Offene Brief“ des Vorstandes, der dann nicht versandt worden ist, den wir hier aber dokumentieren, hat ebenfalls die ursprüngliche Fassung der „Elf Sätze“ zum Hintergrund.

Aber nun sind die „Zwölf Sätze“ die Grundlage des weiteren Gespräches. Zunächst erinnert *Reinhard Schmidt-Rost* an den Nutzen des Evangeliums für die Gesellschaft, aber eben nicht, in dem sie für die leitende Ideologie - der seit der Jungsteinzeit geltende Grundsatz, dass der Stärkere der Bessere ist - den Resonanzboden bereit stellt, sondern indem sie ihm ausdrücklich widerspricht. *Stephan Sticherling* knüpft mit seine Überlegungen zu „drei Freiheiten den evangelischen Kirche“ an den entscheidenden elften der zwölf verabschiedeten Leitsätze an. *Rolf Wischnath* bezieht eine klare und dann doch wieder differenzierte Position dazu. Da wir gerne auch eine Stimme von der „anderen Seite“ hören wollten, haben wir *Jacob Joussen* dazu befragt; er ist als Presbyter der Düsseldorfer Lutherkirchengemeinde und als Jura-Professor in Bochum (u. a. mit Schwerpunkt kirchliches Arbeitsrecht) Mitglied im Rat der EKD.

Nachdenklich macht die Forderung einer „Restitution des Gemeindeprinzips als Profilraum der Zukunft“ von *Hartmut Becks*. Seine bemerkenswerten Überlegungen werfen die Frage auf, ob die EKD sich zwar auf eine intensive Sozialforschung beruft, sich aber dabei von weitgehend überholten Leitbildern leiten lässt. Sie folgt noch immer dem „Gleichheitsparadigma“ im Stil der alten Frankfurter Schule, missachtet jedoch dabei die unserer Lebenswirklichkeit inhärenten Ungleichheiten, und dass es gerade diese sind, die dem Individuum Orientierung und Zugehörigkeit ermöglichen. Wenn das stimmt, dann hat das, wie Becks erläutert, nachhaltige Konsequenzen für die Kirchenentwicklung, die derzeit noch nicht im Blick sind.

Wenn man all diese Beobachtungen und Äußerungen zum gegenwärtigen Stand der Entwicklung unserer Kirche zusammennimmt, dann spürt man: Ja, wir stehen von einem tiefgreifendem Wandel unserer Kirche. Darin werden wir alle übereinstimmen. Aber wir haben noch keine, oder allenfalls nicht mehr als eine Ahnung, wohin die Reise gehen wird. Wovon ich aber überzeugt bin, ist, dass wir noch entdecken werden, wel-

chen Reichtum wir, mehr verborgen als wirklich sichtbar, als Einzelne wie auch als Gesellschaft mit der evangelischen Kirche haben. Oder anders gesagt: Unsere Kirche hat schon etliche babylonische Gefangenschaften überwinden und hinter sich lassen müssen - und nicht zuletzt diese Erfahrung macht den Reichtum aus. Entscheidend ist, dass sie wandlungsfähig ist und deswegen auch einen tiefgreifenden Wandel nicht fürchten muss.

Wir werden solche Wandlungen oder Verwandlungen als Pfarrverein begleiten. Das tun wir im Wissen, dass, wie sich die Kirche auch wandeln und wohin sie sich auch bewegen wird, das Pfarramt immer eine Schlüsselrolle spielen wird. Deswegen sind gerade wir Pfarrerinnen und Pfarrer hier gefordert und herausgefordert, nicht zuletzt auch deswegen, um die Schönheit unseres Berufes zu veranschaulichen und Angehörige der kommenden Generationen zu ermutigen, ihn trotz aller Unwägbarkeiten zu ergreifen.

Diese Herausforderung nehmen wir an und dafür suchen wir das Gespräch. Auf dem coronaverhinderten Pfarrerinnen- und Pfarrertag konnten wir es nicht führen. Dafür gibt es mit der neuen Blog-Seite des Pfarrvereins pfarrverein-rheinland.de einen neuen Ort. Hier können wir uns austauschen, gegenseitig informieren, Entdeckungen mitteilen, Anregungen weitergeben - alles, was nötig sein wird, damit wir als Pfarrverein unseren Beitrag zu Wandel und Gedeihen der evangelischen Kirche beitragen können. Bitte machen Sie, macht Ihr von dieser Möglichkeit Gebrauch! (Mehr dazu Seite 24)

Ach, und noch was: Unser Vorstandsmitglied Reinhard Schmidt-Rost überrascht uns immer wieder mit seinen dichterischen Einfällen und poetischen Kommentaren zum aktuellen Geschehen oder gar zu einem ganzen Corona-Jahr mit seinen „ausgefallenen Fester“. Es gibt wahrlich nicht viele, die die lyrische Sprache so beherrschen wie er. Davor wollten wir den Leserinnen und Lesern gerne eine Kostprobe vorführen.

In diesem Sinne Ihnen und Euch ein gesegnetes Jahr 2021, und, so Gott will, bis bald,

Stephan Sticherling

Stephan Sticherling,
Schriftleiter



Vom Nutzen des Evangeliums für die Gesellschaft

Impuls (1) für den Pfarrerinnen- und Pfarrertag, der am 9. November 2020 in Bonn geplant war.

Reinhard Schmidt-Rost

Seit 25 Jahren sind Menschen in leitenden Positionen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) tätig, die ihr Leitungsverständnis vorwiegend ökonomisch bestimmen (vgl. *Evang. München-Programm, 1995, Kirche der Freiheit 2006, Freiburger Gutachten 2019, 11/12 Leitsätze 2020*), sie orientieren sich an Mitteln und Mitgliederzahlen.

Frage man sie nach der Inhaltskomponente ihrer Verantwortung, so erhält man zurzeit vorwiegend ökonomisch orientierte Aussagen. Leitung im Sinne von Verantwortung scheint stets dann höchste Relevanz aufzuweisen, wenn es um die zu verwaltenden Finanzen geht. Wie in der Wirtschaft gilt dann allerdings auch hier das Prinzip von Angebot und Nachfrage, wobei die Vertriebswege gewiss sorgfältig zu analysieren sind. Die Beschaffenheit eines Produkts ist jedoch das Entscheidende für ein nachhaltiges Interesse an dem, was die Kirche anzubieten hat und woran Politik und Gesellschaft gelegentlich zu kranken scheinen. Entsprechend sind die Ziele zu formulieren, die sie verfolgt, spezifisch zu hierarchisieren. Ein Vergleich mit dem, was im Übrigen massenmedial angeboten wird, erscheint dabei unumgänglich. Besonders in Zeiten, in denen man einerseits auf eine breite Indifferenz zu stoßen meint, gleichzeitig aber Verschwörungstheorien wie Pilze aus dem Boden schießen, ist

tatsächlich zu fragen, inwiefern das Evangelium mit anderen Angeboten für die Gesellschaft konkurrenzfähig ist, obwohl es gerade nicht um graduelle Unterschiede in der Güterabwägung geht, sondern um eine absolut andere Qualität, eine, die eine anzustrebende Zukunft verspricht, die politische Entscheidungen beeinflusst und die eine Sprache findet, die den Grundbedürfnissen der Menschen entgegenkommt. Kurz gesagt: Es geht um das Evangelium im Verhältnis zu anderen Botschaften, die das Leben bestimmen und prägen.

Die Brisanz dieses Anliegens liegt jedoch darin, dass Grundgedanken des Evangeliums einer Dynamik der Jungsteinzeit diametral entgegenstehen. Sie heben zuweilen diesen Grundgedanken, *der Stärkere sei der Bessere, weil er das Territorium des sesshaft gewordenen Stammes verteidigt*, auf, verkehren ihn nahezu in sein Gegenteil. Es ist eher Fundament evangelischer Gedanken, von ökonomischer Bindung prinzipiell unabhängig zu sein, was zu anderen Entscheidungen im verantwortlichen Umgang mit der materiellen Komponente von Leitung führen muss. Dies müsste sich in der Art der hierarchischen Organisation von Kirchenleitung gegenüber den Kirchenkreisen und Gemeinden auswirken. Wie anders als an der Basis können sich Grundausstattungen entwickeln, die helfen, das Evangelium in die Gesellschaft hineinzubringen.



tragen, die sie unmittelbar umgibt. Kirchenleitung kann sich dann als eine Instanz anbieten, die Erfahrungen eruiert und aus der Vielfalt Exemplarität ableitet und formuliert. Der induktive Weg erscheint unumgänglich. Aus der Sammlung der Informationen erwächst ihr eine Begleitungskompetenz, aus der sich eine lebendige Kommunikation ergeben kann. Dies wiederum wird sich als fruchtbar und bereichernd für die Verfolgung von Zielen im Sinne des Evangeliums erweisen.

Von den Grundgedanken des Evangeliums ist allerdings auch in der letzten Veröffentlichung, der Synodalvorlage vom November 2020, die sich um mehr theologisches Profil bemüht, nur in Formeln die Rede (Christusbund, Geistverheilung, Nächstenliebe), die sofort wieder von der ökonomischen Orientierung konterkariert werden (vgl. das allgegenwärtige Reden vom Mangel: „Dass Ressourcen weniger werden“...), die sich in dem alles einzelne prägenden Gebrauch eines herrschaftlichen „Wir“ ausdrückt. Noch jede bemühte Versicherung, man wolle doch alles gemeinschaftlich bedenken und regeln, lässt vom Profil des Evangeliums, von seinem Nutzen für die Gesellschaft, von seiner Widerständigkeit gegen die ökonomischen Maßstäbe wenig erkennen.

Weshalb aber sollte man das hohe Spendenaufkommen für Bedürftige (z.B. Brot für die Welt, diakonische Werke, usw.),

die stille Zuwendung zu Kranken gerade in den Zeiten der Pandemie, die Fürsprache und den Einsatz für Flüchtlinge (nicht erst seit 2015 – und nicht erst seit dem Rettungseinsatz auf dem Mittelmeer), auch die Erhaltung von Kindergarten und christlichen Schulen anders verstehen, als dass hier gerade ein nicht-ökonomisch gebundenes Gewissen die Menschen bewegt.

Auch der Grundsatz „Vergebung statt Vergeltung“ (vgl. die fünfte Bitte im Vaterunser) ist unter Menschen alles andere als selbstverständlich, die ja immer wieder von ihrem natürlichen Egoismus erst losgesprochen und mit mildernden Bildern der Konflikt-bewältigung versehen werden müssen, seit Kain und Abel.

Davon liest man auch in den 12 Leitsätzen (fast) nichts, dabei ist gerade das Eintreten und Pflegen des Unterschiedlichen und Abweichenden, des herausfordernd Anderen immer Kennzeichen christlicher Praxis in der Gesellschaft gewesen. Man wünscht sich, dass die Argumentation mit den finanziellen Ressourcen auch in leitenden Gremien offener und ehrlicher wird (es waren 25 Jahre stetigen, mehr oder wenige steilen Zuwachses) und abgelöst wird von einem Lob der Leistungen der Liebe, wie sie sich nicht durch NKF verrechnen lassen, wie sie sich aber in der (weithin unentgeltlichen) Basisarbeit der vielen Christen in Deutschland und in der Welt auch in Zeiten der Corona-Krise zeigen.



- Prof. Dr. Reinhard Schmidt-Rost lehrte von 1999 bis 2016 an der Universität Bonn praktische Theologie und war Universitätsprediger. Er ist Mitglied im Vorstand des Pfarrvereins. (Das Foto stammt vom Pfarrerinnen- und Pfarrertag 2019.)

***„Man wünscht sich,
dass die
Argumentation mit den
finanziellen
Ressourcen abgelöst
wird von einem Lob
der Leistungen der
Liebe, wie sie sich
nicht durch NKF
verrechnen lassen.“***

Die drei Freiheiten der der Evangelischen Kirche

Impuls (2) für den Pfarrerinnen- und Pfarrertag, der am 9. November 2020 in Bonn geplant war.

Stephan Sticherling

Der wichtigste der neu gefassten, nunmehr zwölf Leitsätze für eine aufgeschlossene Kirche ist der elfte Leitsatz, in dem es um die Strukturen geht: „Die evangelische Kirche wird in Zukunft organisatorisch weniger einer staatsanalogen Behörde, sondern mehr einem innovationsorientierten Unternehmen oder einer handlungsstarken Nichtregierungsorganisation ähneln.“

Dieser Leitsatz macht offenbar, dass die EKD sich zwar sehr entschlossen zeigt, aber in Wirklichkeit nicht weiß, wo sie hin will. Was denn nun? „Innovationsorientiertes Unternehmen“ oder „handlungsstarke NGO“? Beides zusammen geht nicht. Tatsächlich hat sich die EKD schon längst für das innovationsorientierte Unternehmen entschieden und hofft, dass daraus irgendwie, auf wunderbare und geheimnisvolle Weise eine handlungsstarke NGO wird. Aber wie das passieren soll, bleibt völlig unklar und Illusion.

Für die EKD könnte die Geschichte der Deutschen Bundesbahn als warnendes Beispiel dienen. Wer in meinem Alter ist, erinnert sich vielleicht noch an die heruntergekommenen Bahnhöfe und die scheußlichen Silberlinge mit den schmierigen roten Sitzen. Das war die Zeit, als die Bundesbahn sich durch die Stilllegung einer Bahnstrecke nach der anderen zu sanieren versuchte, so dass am Ende nur

die, ich nenne sie mal Leuchtturm- oder Leuchtfeuer-Strecken übrigblieben. Aber statt dass die Bundesbahn sich wirtschaftlich erholte, geriet sie dadurch immer tiefer in die roten Zahlen, woran ich immer denken muss, wenn ich mir zum Beispiel die Stilllegung vieler evangelischer Kirchen in meiner Heimatstadt Düsseldorf vor Augen halte.

Und dann kam Hartmut Mehdorn. Der wollte aus der Einrichtung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die die Bahn damals war, ein innovationsorientiertes Unternehmen machen. Mehdorn wollte die Bahn auf Biegen und Brechen an die Börse bringen. Die drastischen Sparmaßnahmen, die er dazu anordnete, sind bis heute spürbar, man denke an die zahlreichen Verspätungen, die Zugausfälle, die Wagen in umgekehrter Reihenfolge und die immer noch vielen verlotterten Bahnhöfe und Bahnstrecken.

Wenn das Unternehmen der Deutschen Bahn heute trotz aller Kritik glänzend dasteht und erfolgreich ist, dann hat das nichts damit zu tun, dass Mehdorn mit seinem Börsengang erfolgreich war, sondern damit, dass er damit gerade gescheitert ist. Jeder hat inzwischen begriffen, dass die Bahn nicht als innovationsorientiertes und börsenreifes Unternehmen taugt, sondern weiterhin als Einrichtung der öffentlichen Daseinsvorsorge dringend gebraucht wird und deshalb massiv

„Tatsächlich hat sich die EKD schon längst für das innovationsorientierte Unternehmen entschieden und hofft, dass daraus irgendwie, auf wunderbare und geheimnisvolle Weise eine handlungsstarke NGO wird.“

mit öffentlichen Mitteln, mit Steuermitteln gefördert wird.

Auch die Kirchen eignen sich nicht als innovationsorientierte Unternehmen. Sie sind und bleiben als Einrichtung der öffentlichen Daseinsvorsorge dringend nötig. Auf die öffentliche Daseinsvorsorge, oder, in seinen Worten, den Nutzen des Evangeliums für die Gesellschaft kommt Prof. Reinhard Schmidt-Rost in seinem Impuls zu sprechen.

Hier möchte ich darauf hinweisen, dass wir als Pfarrverein dabei bleiben wollen, theologisch vorzugehen. Wir sprechen von der Theologie, wenn wir nach der Gegenwart und Wirklichkeit Gottes fragen. Dazu gehört auch die Frage, was die Kirche ist. Andreas Kahnt hat in seinem Bericht vor der Delegiertenversammlung der Pfarrvereine in Leipzig darauf hingewiesen, dass die Elf Leitsätze auf Theologie verzichten, nachzulesen im Pfarrerbattl¹. Die EKD geht nicht theologisch, sondern ideologisch vor. Sie macht sich ein Bild von der Kirche und versucht, so etwas erleben wir jetzt schon, auf Biegen und Brechen an ihre Vorstellungen anpassen. Dieses Biegen und Brechen wird das Problem sein und ist es auch schon jetzt. Wenn die EKD ihr Vorhaben umsetzt, werden wir autoritäres Gehabe, einsame Entscheidungen, Bevormundung, strategisch geschickt durchgewundene Synodalbeschlüsse, Sachzwänge, alternativlose Fakten, Misstrauen, Depression, Demotivierung, einen Riesen-Verwaltungsaufwand und ganz viel Frust erleben, also all das, was wir gerne vermieden hätten.

Wir, als Pfarrverein, wollen gerne weiterhin theologisch vorgehen und uns vor Ideologie bewahren. Wir fragen weiterhin danach, was die Kirche ist und nicht, wie

wir sie gerne hätten oder wie sie nach unserer Meinung sein müsste.



Was ist die Kirche? Dabei erinnern wir uns darin, dass die biblische Geschichte Alten und Neuen Testaments eine Befreiungs- und Freiheitsgeschichte ist. Wir erinnern uns, dass die Reformation im Kern das Ereignis der wiederentdeckten Freiheit eines Christenmenschen ist. „Ein Christ ist ein freier Herr über aller Dinge und niemandem untertan. Ein Christ ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan“. Wenn man diese beiden Sätze aus Luthers in diesem Jahr 500 Jahre alten Freiheitsschrift in einen Begriff zusammenführt, stößt man auf den Begriff der Mündigkeit.

Wir erinnern uns auch daran, dass unsere Kirche vor rund hundert Jahren in einer ähnlichen Krise und in ähnlich massiven Selbstzweifeln wie heute steckte, weil sie keine Staatskirche mehr und der Kaiser nicht mehr ihr oberster Bischof war. Damals stand der Sinn der Menschen in der Kirche auch nicht gerade nach Freiheit und Mündigkeit. Man suchte das Heil in der Ordnung, in der Autorität, im Gehorsam. Otto Dibelius kündete das Jahrhundert der Kirche an. Karl Barth und seine große Schule verkündeten, wie es später in der Barmer Erklärung heißen wird, das eine Wort Gottes, das wir zu hören und dem wir zu vertrauen und zu gehorchen haben. Und die Berneuchener Bewegung um Wilhelm Stählin und anderen schufen das Modell einer verbindlichen Kirche mit einer festen Regel als Antwort auf die kirchliche Verunsicherung.

Offenbar ist ein autoritärer Habitus – vielleicht eine Parallele zum evangelischen Zentralismus unserer Tage? – auch eine Reaktion auf Verunsicherung. Die Zeit zwischen Erstem Weltkrieg und drittem Reich war nicht gerade die Zeit für Basisorientierung oder Kirche von unten, eher für die Bevormundung des Kirchenvolks. Es ist nicht verwunderlich, warum

„Wir, als Pfarrverein, wollen gerne weiterhin theologisch vorgehen und uns vor Ideologie bewahren. Wir fragen weiterhin danach, was die Kirche ist und nicht, wie wir sie gerne hätten oder wie sie nach unserer Meinung sein müsste.“

¹ https://www.pfarrerverband.de/fileadmin/user_upload/200929_Vorstandsbericht_Kahnt_Pfarrerverband2020.pdf

Dietrich Bonhoeffer in der Zeit, in der er die Mündigkeit der Zeitgenossen entdeckte, mit allen dreien Reformbestrebungen wenig anzufangen wusste. Er machte sich über das "violette Jahrhundert der Kirche" lustig, grenzte sich aber auch gegen den, wie er ihn nannte, "Offenbarungspositivismus" Karl Barths ab - "Vogel friss oder stirb" -, und der Satz: Wer nicht für die Juden schreit, darf auch nicht gregorianisch singen, richtete sich unter anderem gegen die Berneuchener Bewegung, auch wenn die Familie seiner Verlobten ihr nahe stand. Bonhoeffer dachte im Blick auf seine am Diesseits orientierten, religionslosen und mündig gewordenen Zeitgenossen in eine ganz andere Richtung.

Aber so oft seitdem jene entscheidenden Passagen aus den Gefängnisbriefen und jene Begriffe wie Weltlichkeit, Mündigkeit, Religionslosigkeit zitiert worden sind - sie haben sich nicht wirklich auf die Gestalt der Kirche, wie sie sich dann nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt hat, niedergeschlagen. Auf dem, man muss fast schon sagen, berüchtigten ersten Treffen von evangelischen Kirchenführern nach dem Krieg im August 1945 in Treysa bei Marburg flogen die Fetzen, vor allem zwischen dem "Vulkan" Martin Niemöller und dem "Eisberg" Bischof Meiser. Die Frage, die im Raum stand, war: Machen wir dort weiter, wo wir 1933 aufgehört haben oder machen wir die in der Bekennenden Kirche gemachten Erfahrungen und entstandenen Strukturen zur Grundlage einer neuen Evangelischen Kirche?

„Wir können uns wahrlich nicht über Armut oder andere Beschwerisse beklagen. Aber nun stößt diese uns vertraute Gestalt der Kirche an ihre Grenzen. Darüber besteht Übereinstimmung.“

auch mit gewissen kosmetischen Korrekturen, hinübergetett hat. Die Entdeckung der Mündigkeit der Zeitgenossen hat sich wenig dabei ausgewirkt, wobei die Zeitgenossen ihre Mündigkeit allerdings auch nicht gerade eingefordert haben.

Ich will nun wahrlich nicht undankbar sein - so, wie sich die evangelische Kirche nach dem Krieg gebildet hat, so hat sie sich ja auch über Jahrzehnte hin bewährt. Wir selbst sind in dieser Kirche groß geworden und haben uns immerhin so sehr mit ihr identifiziert, dass wir den Pfarrberuf ergriffen haben. Wieviel Freiheit und Wohlstand möglich war, wollen wir wahrlich nicht geringschätzen. Wir haben in aller Freiheit und durchaus mit öffentlicher Anerkennung das Evangelium verkünden können, wir haben wunderbare Gottesdienste gefeiert, großartige Kirchentage erlebt, intensiv Theologie betrieben, einen unglaublichen Reichtum an Kirchenmusik genossen - wir können uns wahrlich nicht über Armut oder andere Beschwerisse beklagen.

Aber nun stößt diese uns vertraute Gestalt der Kirche an ihre Grenzen. Darüber besteht Übereinstimmung. Das System der Landeskirchen innerhalb der EKD, so, wie es sich nach dem Krieg entwickelt hat, ist so nicht mehr zukunftsähnlich. Dass die Reform-Maßnahmen der letzten Jahre und Jahrzehnte und die Hoffnung, mit Marketing-Methoden, Digitalisierungsprojekten, mit zentralisierter Verwaltung, mit Regionalisierung und ausgiebiger sozialwissenschaftlichen Forschung das Schiff der Kirche wieder flott zu kriegen, daran etwas ändern können, hat sich inzwischen als Trugschluss erwiesen.

Was ist die Kirche? Eines ihrer wichtigsten Erkennungsmerkmale ist, dass in ihr Freiheit und Mündigkeit verwirklicht wird. Jetzt ist die Zeit dafür! Geschieht das nicht, verliert die Kirche ihren Sinn

Wir wissen, dass die beharrenden Kräfte sich weitgehend durchgesetzt haben. Das gilt auch für die Rheinische Kirche, die sich zwar in besonderer Weise der Bekennenden Kirche und der Barmer Erklärung verpflichtet fühlte, aber dann doch das bewährte und vertraute konsistoriale System aus preußischen Zeiten, wenn

und auf Dauer ihre Existenzberechtigung. Auch wir im Pfarrverein achten darauf, dass Freiheit und Mündigkeit reale Gestalt annehmen. Sie ist derzeit vor allem auf dreifache Weise gefährdet, deswegen engagiere ich mich hier für „die drei Freiheiten der Evangelischen Kirche“:

1. Die Freiheit der Gemeinde

2. Die Freiheit des Pfarramtes

3. Die Freiheit eines Christenmenschen

1. Zur **Freiheit der Gemeinde**: Nach biblischer Auffassung sind Gemeinden eigentlich als stabile Netzwerke persönlicher Begegnungen und Beziehungen gedacht. Dass man einer Gemeinde angehört, wird auch erkennbar, dass man zur Rechten und zur Linken Menschen hat, unter denen man sich kennt und aneinander Anteil nimmt und zwischen denen Vertrauen besteht und die selber wieder andere Menschen ihres Vertrauens in ihrer Nähe haben. Ortsgemeinden müssten deswegen, wenn sie ihre Wirkung entfalten sollen, nicht möglichst groß, sondern möglichst klein sein. Aber in den letzten Jahren sind die Gemeinden durch Fusionen oder Bildung von Kirchen-Regionen, immer mehr zu riesigen anonymen Großorganisationen geworden, mit erhöhtem administrativem Aufwand für eine behördenanaloge „Mitglieder-Betreuung“. Die „Kommunikation des Evangeliums“ lässt sich aber nicht ohne weiteres von der Ebene der persönlichen Begegnung auf die Ebene der Medien übertragen. Diese können die persönliche Begegnung zwar ergänzen, aber nicht ersetzen. Zur gleichen Zeit wird die Verwaltung immer mehr zusammengelegt und zentralisiert. Durch den notwendig gewordenen Bedarf an Kommunikation, Abstimmung und Verabredung hat sich der Verwaltungsaufwand deutlich erhöht und ist keineswegs, wie erhofft, reduziert worden. Statt dass die Verwaltungen den

Gemeinden dienen, arbeiten diese ihr mehr und mehr zu und dienen eher der Verwaltung als umgekehrt. Die Gemeinden sind gezwungen, sich immer größer (und teurer) werdenden Verwaltungssystemen unterzuordnen. Die Verwaltung wäre wahrscheinlich insgesamt deutlich billiger, wenn die Gemeinden sich selbst und eigenverantwortlich verwalten würden. – Ziel muss sein, dass die Gemeinden wieder für sich selbst die volle Verantwortung übernehmen. Allerdings – das muss uns klar sein – können die Gemeinden das nur, wenn sie auch im vollen Umfang für sich selbst haften. Das heißt: Es kann und wird dann auch Gemeinden geben, die nicht mehr existenzfähig sind, die daraufhin in einer anderen Gemeinde aufgehen oder mit ihr fusionieren - wie es umgekehrt auch Gemeinden gibt, die sich, aus welchen Gründen auch immer, aufspalten. Das an sich ist auch nicht Gegenstand dieser Kritik; problematisch sind solche Vorgänge, wenn sie nicht von den Gemeinden selbst angestrebt werden, sondern Fakten schaffender Weise auf den Synoden oder höheren Leitungsebenen beschlossen werden. Die Kirchenkreise beraten, vermitteln, unterstützen - aber sie dürfen niemals einer Gemeinde die Verantwortung für sich selbst abnehmen. Das würde jedenfalls dem Selbstverständnis der Rheinischen Kirche mehr entsprechen als das, was gerade geschieht.

2. Zur **Freiheit des Pfarramtes**: Von der uns in Artikel 51 der Kirchenordnung zugestandenen Freiheit des Pfarramtes dürfte kaum noch etwas übrig geblieben sein. Allein die Ungediehlichkeits-Paragraphen 86 und 87 des Pfarrdienstgesetzes verhindern sie, weil sie der Willkür im Umgang mit uns Pfarrerinnen und Pfarrern Raum geben (darüber haben wir an dieser Stelle in den letzten Jahren oft genug gesprochen). Der Schutz unserer Freiheit, die wir für den Dienst an Wort



„Nach biblischer Auffassung sind Gemeinden eigentlich als stabile Netzwerke persönlicher Begegnungen und Beziehungen gedacht. Dass man einer Gemeinde angehört, wird auch erkennbar, dass man zur Rechten und zur Linken Menschen hat, unter denen man sich kennt und unter denen man sich kennt und aneinander Anteil nimmt und zwischen denen Vertrauen besteht und die selber wieder andere Menschen ihres Vertrauens in ihrer Nähe haben. Ortsgemeinden müssten deswegen, wenn sie ihre Wirkung entfalten sollen, nicht möglichst groß, sondern möglichst klein sein. Aber in den letzten Jahren sind die Gemeinden durch Fusionen oder Bildung von Kirchen-Regionen, immer mehr zu riesigen anonymen Großorganisationen geworden, mit erhöhtem administrativem Aufwand für eine behördenanaloge „Mitglieder-Betreuung“. Die „Kommunikation des Evangeliums“ lässt sich aber nicht ohne weiteres von der Ebene der persönlichen Begegnung auf die Ebene der Medien übertragen. Diese können die persönliche Begegnung zwar ergänzen, aber nicht ersetzen. Zur gleichen Zeit wird die Verwaltung immer mehr zusammengelegt und zentralisiert. Durch den notwendig gewordenen Bedarf an Kommunikation, Abstimmung und Verabredung hat sich der Verwaltungsaufwand deutlich erhöht und ist keineswegs, wie erhofft, reduziert worden. Statt dass die Verwaltungen den Gemeinden dienen, arbeiten diese ihr mehr und mehr zu und dienen eher der Verwaltung als umgekehrt. Die Gemeinden sind gezwungen, sich immer größer (und teurer) werdenden Verwaltungssystemen unterzuordnen. Die Verwaltung wäre wahrscheinlich insgesamt deutlich billiger, wenn die Gemeinden sich selbst und eigenverantwortlich verwalten würden. – Ziel muss sein, dass die Gemeinden wieder für sich selbst die volle Verantwortung übernehmen. Allerdings – das muss uns klar sein – können die Gemeinden das nur, wenn sie auch im vollen Umfang für sich selbst haften. Das heißt: Es kann und wird dann auch Gemeinden geben, die nicht mehr existenzfähig sind, die daraufhin in einer anderen Gemeinde aufgehen oder mit ihr fusionieren - wie es umgekehrt auch Gemeinden gibt, die sich, aus welchen Gründen auch immer, aufspalten. Das an sich ist auch nicht Gegenstand dieser Kritik; problematisch sind solche Vorgänge, wenn sie nicht von den Gemeinden selbst angestrebt werden, sondern Fakten schaffender Weise auf den Synoden oder höheren Leitungsebenen beschlossen werden. Die Kirchenkreise beraten, vermitteln, unterstützen - aber sie dürfen niemals einer Gemeinde die Verantwortung für sich selbst abnehmen. Das würde jedenfalls dem Selbstverständnis der Rheinischen Kirche mehr entsprechen als das, was gerade geschieht.

2. Zur **Freiheit des Pfarramtes: Von der uns in Artikel 51 der Kirchenordnung zugestandenen Freiheit des Pfarramtes dürfte kaum noch etwas übrig geblieben sein. Allein die Ungediehlichkeits-Paragraphen 86 und 87 des Pfarrdienstgesetzes verhindern sie, weil sie der Willkür im Umgang mit uns Pfarrerinnen und Pfarrern Raum geben (darüber haben wir an dieser Stelle in den letzten Jahren oft genug gesprochen). Der Schutz unserer Freiheit, die wir für den Dienst an Wort**

„Die Kirche ist kein Apparat, der würde in der Tat Funktionäre brauchen, die sich ums Funktionieren kümmern, sondern sie ist ein lebendes Wesen, das Präsenz, das Achtsamkeit und Resonanz braucht – und das ist es, was wir Pfarrerinnen und Pfarrer leisten können und wollen. Wir Pfarrerinnen und Pfarrer sind immer mehr zu Funktionärinnen und Funktionären höherer Leitungsebenen geworden. Wir müssen aber auch zugeben, dass wir uns dazu gerne missbrauchen lassen, weil wir so die Gelegenheit haben zu zeigen, was wir so alles draufhaben. Als Funktionäre (die sich ums Funktionieren kümmern) führen wir aus, was auf der mittleren Leitungsebene beschlossen worden ist und arbeiten wiederum der Verwaltung zu. Wir sind voll eingebunden in Finanz-, Personal- und Gebäudewirtschaft, in der Leitung von Presbyterium, Finanzausschuss, in die Mitwirkung synodaler oder landeskirchlicher Beschlussgremien. Wir nehmen die Aufsicht von Kindertagesstätte, Friedhof oder Pflegezentrum wahr, und, und, und. – Wir sind aber nicht dazu da, den Apparat am Laufen zu halten, sondern präsent und resonant darauf zu schauen, was da heranwächst. Dass sich das viel leichter sagt und so ohne weiteres nicht umsetzbar ist, wenn das kirchliche Leben, oder besser: der kirchliche Apparat nicht zusammenbrechen soll, das ist mir auch klar, dazu werden einfach zu viele Schlüsselfunktionen von Theologinnen und Theologen wahrgenommen. Aber der Frage muss erlaubt sein, ob das wirklich so gesund ist – und ob wir nicht

und Sakrament, den Unterricht und die Seelsorge, die theologische Reflexion und die Spiritualität brauchen, ist längst nicht in der Weise gegeben, wie es sein müsste. Dass die Kirche sich den Luxus von gründlich ausgebildeten Menschen leistet, die dafür, so ist es eigentlich gedacht, freigestellt werden, ist ein kostbares Gut, dass bewahrt und gepflegt werden muss, wenn es nicht verspielt werden soll. Die Kirche ist kein Apparat, der würde in der Tat Funktionäre brauchen, die sich ums Funktionieren kümmern, sondern sie ist ein lebendes Wesen, das Präsenz, Achtsamkeit und Resonanz braucht – und das ist es, was wir Pfarrerinnen und Pfarrer leisten können und wollen. Wir Pfarrerinnen und Pfarrer sind immer mehr zu Funktionärinnen und Funktionären höherer Leitungsebenen geworden. Wir müssen aber auch zugeben, dass wir uns dazu gerne missbrauchen lassen, weil wir so die Gelegenheit haben zu zeigen, was wir so alles draufhaben. Als Funktionäre (die sich ums Funktionieren kümmern) führen wir aus, was auf der mittleren Leitungsebene beschlossen worden ist und arbeiten wiederum der Verwaltung zu. Wir sind voll eingebunden in Finanz-, Personal- und Gebäudewirtschaft, in der Leitung von Presbyterium, Finanzausschuss, in die Mitwirkung synodaler oder landeskirchlicher Beschlussgremien. Wir nehmen die Aufsicht von Kindertagesstätte, Friedhof oder Pflegezentrum wahr, und, und, und. – Wir sind aber nicht dazu da, den Apparat am Laufen zu halten, sondern präsent und resonant darauf zu schauen, was da heranwächst. Dass sich das viel leichter sagt und so ohne weiteres nicht umsetzbar ist, wenn das kirchliche Leben, oder besser: der kirchliche Apparat nicht zusammenbrechen soll, das ist mir auch klar, dazu werden einfach zu viele Schlüsselfunktionen von Theologinnen und Theologen wahrgenommen. Aber der Frage muss erlaubt sein, ob das wirklich so gesund ist – und ob wir nicht

erhebliche Ressourcen freisetzen, wenn wir auf Dauer den Dienst an Wort und Sakrament nicht klar von der Gemeinde- und Kirchenleitung trennen. Wir werden als Pfarrerinnen und Pfarrer auch ohne Leitungs- und Verwaltungsfunktionen genügend Möglichkeit haben, auf das kirchliche Geschehen Einfluss zu nehmen. Wahrscheinlich sind sie dann sogar größer.

3. Die **Freiheit eines Christenmenschen** wird schon dadurch eingeschränkt, dass er sich im Normalfall nicht entscheiden kann, welcher Gemeinde er angehören möchte. Das entscheidet sein Wohnsitz, und diesen hat er in der Regel nach anderen Gesichtspunkten ausgewählt und nicht danach, welcher Ortsgemeinde er damit angehört. Dadurch bedingt kommt es zum kirchlichen "Meldewesen", eine komplexe Bürokratie, die behördensmäßig und ähnlich wie ein Einwohnermeldeamt die Mitglieder verwaltet. Zwar ist ein Wechsel in einer anderen Gemeinde möglich, aber sehr aufwändig. Man kann sich im Regelfall nur dafür entscheiden, der Kirche anzugehören, die Mitgliedschaft in der Ortsgemeinde ist von anderen Faktoren abhängig, nur eben nicht von der persönlichen Entscheidung. Im ländlichen Bereich spielt das eine eher untergeordnete Rolle, da die Wahlmöglichkeiten dort ohnehin nicht so groß sind – dennoch hätten die Gemeindeglieder ein anderes Verhältnis zu ihrer Gemeinde, wenn sie sich selbst aus freien Stücken zu einer Mitgliedschaft in eben dieser Gemeinde (und nicht nur allgemein in der Kirche) entschieden hätten. Die Mitglieder unserer Gemeinden werden immer weniger wie Schwestern und Brüder, wie Glieder am Leib Christi, wie das Volk des Eigentums, sondern zunehmend wie Betreuungsfälle einer Behörde und Kunden eines Dienstleistungsunternehmens behandelt, die bei Laune zu halten sind, da von der u. a. ihre Einkün-



te abhängen. Die Kirche macht „Angebote“ für sie, nimmt sie aber nicht mehr in Anspruch, sondern orientiert sich an den Ansprüchen, die sie hoffentlich an die Kirche stellen. Aber statt einfach nur nett zu ihnen zu sein, müsste ihnen klar gemacht werden, dass das Wohl und Wehe einer Gemeinde auch davon abhängt, wie sie selbst ihr Engagement, ihre Phantasie, ihre Entschlossenheit freisetzen und am Gemeindeleben verbindlich mitwirken. Das wiederum wird nur gehen, wenn man sie dazu befähigt und ihnen die Gelegenheit zur Einübung in das Priestertum aller Getauften gibt. Die Antwort auf die Frage nach einer der Kirchenreform ist vor allem in der Bildung zu suchen, nicht nur an Kindern und Jugendlichen, sondern gerade auch an Erwachsenen. Die Freiheit eines Christenmenschen wird, ähnlich wie die Demokratie, nicht auf Dauer funktionieren, wenn man sich darauf beschränkt, die Christenmenschen lediglich für frei zu erklären. Die Demokratie in unserem Land funktioniert deswegen, weil die Wahlberechtigten in vielfältigen Bildungsprozessen instandgesetzt werden, von ihren demokratischen Rechten und Pflichten Gebrauch zu machen. Schon in der Grundschule werden demokratische Verhaltensweisen eingebüttet. Demokratie setzt umfassende Bildung voraus. Mit der Kirche und der Freiheit eines Christenmenschen verhält es sich exakt genauso. Es ist erforderlich, den Christenmenschen, Zeitgenossen und Getauften die Gelegenheit zu geben, ihre Freiheit, ihre Mündigkeit, ihr Priestertum einzüben. Hier also geht es um ein umfassendes und allgemeines Elementarkatechumenat. Der (im allgemein gut funktionierende) Konfirmandenunterricht und die in den letzten Jahrzehnten praktizierten Glaubenskurse bieten dafür Anknüpfungspunkte, aber sie reichen mit Abstand nicht aus. Es kann nicht mehr nur darum gehen, Verstehenshilfen und Aneignung

von „Glaubenswissen“ anzubieten. Es müssen vielmehr Gelegenheiten geschaffen werden, die Fähigkeit, selber Kirche zu sein, einzüben und zu üben. Die Praxis des geistlichen Lebens, Gebet, Contemplation, Gelassenheit, muss eingeübt und geübt werden. Der Umgang mit der Heiligen Schrift muss eingeübt und geübt werden. Die Feier des Gottesdienstes, sowohl im öffentlichen Raum wie auch in der kleinen Gruppe, muss eingeübt und geübt werden. Die gegenseitige Wahrnehmung, Achtsamkeit und Seelsorge muss eingeübt und geübt werden. Den eigenen Glauben mitzuteilen und ihn mit anderen zu teilen muss eingeübt und geübt werden. Verantwortung im öffentlichen Raum zu übernehmen, muss eingeübt und geübt werden. Die Gemeinde zu leiten und zu verantworten muss eingeübt und geübt werden.

Hier muss eine umfassende Kirchenreform einsetzen. Wenn der gedeihliche Wandel unserer Kirche von der Verwirklichung dieser drei Freiheiten abhängt, dann muss der Blick der Reformbemühungen also sich vor allem auf Bildung und Katechumenat, gerade auch für Erwachsene, richten. Die Freiheit des Pfarramtes wird es uns Pfarrerinnen und Pfarrern ermöglichen, für ein solches elementares Bildungsgeschehen zur Verfügung zu stehen und dafür die Verantwortung zu übernehmen. Dieses wiederum ist Voraussetzung dafür, dass die Gemeinden im vollen Umfang für sich selbst Verantwortung übernehmen können, und auch dafür, dass die Christenmenschen sich in ihrer Freiheit und Dienstbarkeit, im Wagnis des Vertrauens und in der Übernahme der Verantwortung üben können. Meine Bitte an die, die die Kirche leiten, ist: Traut den Gemeinden und auch uns Pfarrerinnen und Pfarrern - durchaus im Sinne einer Schwarmintelligenz (die im Neuen Testament Heiliger Geist heißt) das doch zu!

„Es ist erforderlich, den Christenmenschen, Zeitgenossen und Getauften die Gelegenheit zu geben, ihre Freiheit, ihre Mündigkeit, ihr Priestertum einzüben. Hier also geht es um ein umfassendes und allgemeines Elementarkatechumenat.“

Da wird viel „Mist gebaut“ werden. Da wird viel schiefgehen. Aber es wird viel Neues und viel Tragfähiges und viel Zukunftsträchtiges entstehen, was in einer Kirche von oben keine Chance hätte. Bei den Ausführungen von Prof. Schmidt-Rost wird deutlich, dass genau darin die entscheidende Voraussetzung dafür liegt, dass das Evangelium in die Gesellschaft hineinwirken und einen Kontrast gegen die dominanten gesellschaftlichen Kräfte setzen kann, wozu es sonst kaum in der Lage wäre. Von der Berneuchener Bewegung war schon die Rede. Ich gehöre ihr als Michaelsbruder selbst an, nicht zuletzt um ihres Leitsatzes willen, der exakt das zur Sprache bringt, worum es eigentlich geht: Wir können an der Kirche nur bauen, wenn wir selber Kirche sind. Das ist

ein anderer Ton als der, der in den „Zwölf Leitsätzen“ anklingt.

Als Pfarrverein sind wir die Interessenvertretung unseres Berufstandes, auch gegenüber unserem Arbeitgeber. Anders als die Pfarrvertretung sind wir unabhängig und nicht Teil der verfassten Kirche. Das gibt uns Möglichkeiten, die wir nutzen sollten. Der Vorstand des Pfarrvereins ist sich in der Einschätzung der Lage einig. Die Frage ist, wie unsere Mitglieder das sehen. Sollte ein großer Teil, die große Mehrheit unserer Mitgliedschaft die Einschätzung des Vorstandes teilen, müssten wir beraten, welche Konsequenzen wir daraus ziehen. Ideen dazu liegen vor, aber wir sollten uns zunächst über das Grundsätzliche verständigen.

- **Stephan Sticherling** war Pfarrer in Düsseldorf und Altenberg und ist seit 2020 im Ruhestand. Er lebt in Düsseldorf und ist str. Vorsitzender des Pfarrvereins.

„Da wird viel „Mist gebaut“ werden. Da wird viel schiefgehen.
Aber es wird viel Neues und viel Tragfähiges und viel Zukunftsträchtiges entstehen, was in einer Kirche von oben keine Chance hätte.“

Bericht des Vorsitzenden

für die Mitgliederversammlung des Pfarrvereins,
die am 9. November 2020 in Bonn geplant war.

Friedhelm Maurer



Narrative prägen unser Leben. Narrative sind der Definition nach „sinnstiftende Erzählungen, die Einfluss haben auf die Art, wie die Umwelt wahrgenommen wird“ (so in Wikipedia). Seit etwa dreißig Jahren findet sich der Begriff „Narrativ“ im Diskurs.

In der Theologie gab es den Begriff aber wohl schon früher, man denke an Jean Baptiste Metz zu Anfang der 70-ziger Jahre, der Theologie wesentlich als „erzählende Erinnerung“ an Jesu Befreiungstat verstand. Theologie als „narrative Theologie“ sollte die Botschaft des Evangeliums nacherzählen und darin das Neuerzählen ermöglichen. Harald Weinrich verstand das Christentum als Erzählgemeinschaft.

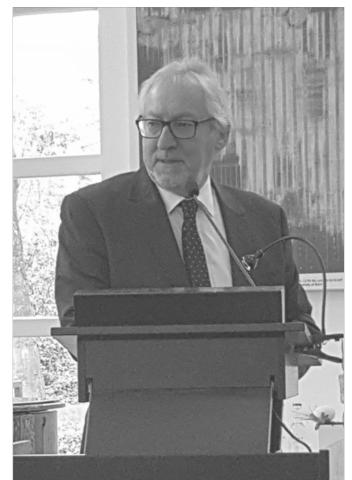
In unseren Tagen entdeckt die Wirtschaft Narrative als Möglichkeit zur gesellschaftlichen Orientierung. Der Wirtschaftswissenschaftler Robert J. Shiller, der 2013 den Nobelpreis für Ökonomie verliehen bekam, hat letztes Jahr ein Buch vorgelegt (Originaltitel: „NARRATIVE ECONOMICS: How Stories Go Viral and Drive Major Economic Events“), das in diesem Jahr in deutscher Übersetzung erschienen ist: „Narrative Wirtschaft. Wie Geschichten die Wirtschaft beeinflussen – ein revolutionärer Erklärungsansatz“.

In der Werbung weiß man, dass es nicht damit getan ist, gute Produkte zu haben: „Man muss Geschichten erzählen. Auch

Transparenz gehört dazu. Influencer sind super, weil sie sehr authentisch über die Dinge berichten. Ohne diesen Marketingsprech“, sagt die Chefin eines Kosmetikherstellers (Isabel Bonacker, in: FOCUS Nr.35 vom 22.8.2020, S.60)

Meine Frage ist: Wie beeinflussen Narrative unsere Kirche? Und vor allem: Welche Narrative beeinflussen sie? Es sind offensichtlich nicht mehr maßgeblich die Narrative der Bibel, nicht mehr etwa Jesu wunderbare Gleichnisse. Welchen „Sprech“ spricht die Kirche?

In den Gleichnissen Jesu kann man erfahren, wie Gemeindeaufbau im Horizont des kommenden Gottesreiches zu geschehen hat. Stattdessen, so scheint es, setzen kirchenleitende Personen in ihren synodalen Beratungsprozessen und Entscheidungen auf die Narrative von Unternehmensberatern und Organisationsentwicklern. Bei meinem letzjährigen Bericht führte ich als Beispiel das Narrativ vom Hofnarren an. Es ist das Narrativ, das der in unserem Kirchenkreis beauftragte Unternehmensberater der Kreissynode von Simmern-Trarbach vorlegte und das bestimmt wurde für den weiteren Verlauf des sogenannten „Struktur- und Reformprozesses“. Systematischer Pfarrstellenabbau ist Teil des Konzeptes. Und nun wird in unserem Kirchenkreis sogar eine weitere Stufe gezündet im Hinblick auf 2030, konkret: eine Arbeitsgrup-



pe wird eingesetzt, um die 15 Gemeindepfarrstellen, die nur noch in 2025 vorhanden sein werden, noch weiter, auf schließlich nur noch 10 plus hauptamtlicher Superintendent, zu reduzieren.

„Weil du reichlich gibst, müssen wir nicht sparen“: Das geistliche Lied, „Komm Herr, segne uns“, (EG 170), das andächtig vor entsprechenden Ausschusssitzungen gesungen – oder in Corona-Zeiten eben nicht gesungen wird – müsste man konsequenterweise in Strophe 2 umschreiben: „Obwohl du reichlich gibst, müssen wir jetzt (weiter) sparen.“ Dorfkirchen auf dem Land werden folglich verwaisen, mit den sogenannten „Rückbau“ macht man Gemeinden auf dem Land kaputt.

Die neue „Sparrunde“ wird unterfüttert von den „Elf Leitsätzen“ des „Z-Teams“ der EKD. dem der so apostrophierte „Chefttheologe“ Thies Gundlach angehört. Heute vormittag haben wir uns, fundiert durch die Analysen von Reinhard Schmidt-Rost und Stephan Stichlerling, intensiv auf unserem 51. Rheinischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag damit befasst.

Nach meiner ersten Lektüre dieses „Papiers“ hatte ich mir notiert: „Fürchterlich, in sich unstimmig, heillos wie so manches bisherige Geschwafel, absolut nichts Neues, überflüssig, nur eines wird gefördert: Verdruss“. Gleichwohl habe ich das Papier nochmals gelesen, um ihm gerecht werden zu können. Doch schon allein die Sprache bereitete mir Qualen. Mein Urteil in der Sache: da stehen wohl manche richtigen Sätze drin, aber eben auch, genau hingeschaut, weil etwas versteckt: ungeheuerliche Sätze.

**„Bei wiederholtem
Lesen erkennt man die
vielfältigen
Unterstellungen:
Ortsgemeinden
würden ein
Selbsterhaltungsinteres-
se vertreten, hielten das
Alte fest, seien nicht
bereit für
Veränderungen.“**

Ortsgemeinde abgekantelt wird. „Parochiale Strukturen werden sich wandeln weg von flächendeckendem Handeln hin zu einem dynamischen und vielfältigen Miteinander wechselseitiger Ergänzung“ (S.6, Zeile 263ff.) und „Parochiale Strukturen werden ihre dominierende Stellung als kirchliches Organisationsprinzip verlieren“ (S.7, Zeile 292f.) und „Angesichts der Wucht der anstehenden Aufgaben können Entscheidungen nicht dem Selbsterhaltungsinteresse von Teilbereichen dienen. Entsprechend gilt es, Prozesse eines freiwilligen Zusammengehens in größere Einheiten und selbstgesteuerte Kooperationen mit dem Ziel der Nachhaltigkeit und Qualitätssicherung zügig umzusetzen.“ (S.10, Zeile 436ff.).

Spannend ist es, in diesen Sätzen nach dem Subjekt des Handelns zu fragen. Ist es Gott („Die Kirche der Zukunft bleibt Gottes Kirche“, S.1, Z.9)?, sind es die freiwillig zusammengehenden wollenden (eher: sollenden) Ortsgemeinden? Ist es der gesichtliche Wandel der Zeiten? Oder sind die „Umsetzer“ am Ende doch die wissenden Kirchenlenker, die bewerten, was nicht dynamisch ist und also als „statisch“ überwunden werden muss – „Es gilt, Beharrungskräfte einzuhegen.“ (S.11, Zeile 470). Die so handelnden Heger beschreiben dann im folgenden Satz, ihr eigenes Tun verschleiernd, das noch nicht Eingetretene als mit Gewissheit eintretende Wirklichkeit im Indikativ: „Parochiale Strukturen werden sich verändern“ (S.11, Zeile 470f.).

Bei wiederholtem Lesen erkennt man die vielfältigen Unterstellungen: Ortsgemeinden würden ein Selbsterhaltungsinteresse vertreten, hielten das Alte fest, seien nicht bereit für Veränderungen. In Zeiten „zurückgehender Ressourcen“ (S. 14, Zeile 589) müsste man sie beschränken, denn bei den „Umbau- und Rückbauaufgaben“ (S.13, Zeile 588f.) „hemmten“ sie

nur die Denker der zukunftsähigen Kirche auf ihrem Weg „hinaus in Weite“ (S. 14, letzte Zeile).

Wie lange noch werden solche Schriften die Geduld der Kirchengemeinden vor Ort, die Geduld vieler Kirchensteuerzahler missbrauchen?

Nun hieß es, dieses Papier diene nur der internen Verständigung, auf der EKD-Synode im November 2020 werde ein anderer Text verabschiedet. Um so peinlicher – nun war es heraus, wie man „intern“ denkt und plant. Ohne die Erfahrungen der Basis einzuholen, ohne etwa die Pfarrerschaft angemessen an den Überlegungen zu beteiligen. So war es schon bei „Kirche der Freiheit“ 2006, bei diesen unsäglichen Narrativen von den Leuchttürmen und dem Wachsen gegen den Trend.

In seinem Bericht vor der Mitgliederversammlung des Verbandes der Pfarrvereine in Deutschland am 29. 9. 2020 in Leipzig führte der Verbandsvorsitzende Andreas Kahnt dazu aus: „Bei der Entwicklung der Leitsätze war die verfasste Pfarrerschaft nicht beteiligt. Eine theologische Reflexion hat nicht stattgefunden. Ebenso wenig eine Deutung hinsichtlich der Ziele und der möglichen Auswirkungen in Kirche und Gesellschaft. Daher wird sich niemand wundern, dass von Pfarrerinnen und Pfarrern kaum große Bereitschaft erwartet werden darf, die Leitsätze irgendjemandem als notwendig, zielführend oder zukunftstauglich zu vermitteln. Insofern hat die EKD einen alten Fehler wiederholt, indem sie diejenigen, die Veränderungen an der Basis umsetzen müssen, von den Überlegungen zu den vermeintlich notwendigen Veränderungen ausgeschlossen hat.“

Auf der Homepage der EKD war im Oktober (Stand: 15.10.2020) zu lesen:

„Unter dem Motto „Kirche auf gutem Grund“ hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) elf Leitsätze zur Weiterentwicklung der evangelischen Kirche veröffentlicht. Der erste Entwurf ist öffentlich breit diskutiert worden. Es gab Kritik und Zustimmung. Beides wurde aufgenommen und ist in eine überarbeitete und um einen 12. Punkt ergänzte Fassung eingeflossen. Diese wird im Oktober 2020 zunächst in den Ausschüssen der EKD-Synode diskutiert. Der Öffentlichkeit wird sie gemeinsam mit den Unterlagen der anderen Zukunftsprozesse im Vorfeld der Synodentagung vom 8. bis 9. November 2020 vorgestellt.“

Warum solch ein Geheimnis um die offensichtlich schon überarbeitete und um einen 12. Punkt ergänzte Fassung? Ich hätte mir die Abarbeitung an manchen Fehlern vielleicht ersparen können ... Immerhin: den einen Fortschritt sah ich schon in der nunmehrigen Zwölfzahl der Sätze, das hörte sich seriöser an als die närrische Elf...

Auf Umwegen bekam ich dann doch schon am 20.Oktober die Drucksache IXa/1 zu Gesicht, die überarbeitete Fassung als Vorlage für die 7.Tagung der 12. Synode der EKD vom 8.bis 9.11.2020 in Berlin.

Wie zu erwarten: noch mehr Textumfang, noch mehr Überflüssiges. Aber bei dem größeren Umfang waren leider keine Hinweise zu finden, worin der „scharfe Widerspruch“ (S.6) gegen die bislang vorgelegten Elf Leitsätze bestand, geschweige denn eine Auseinandersetzung mit der doch wohl beachtenswerten Kritik. Die Überschriften über die – nun zwölf – Leitsätze, die der zukünftigen Arbeit der EKD dienen und als Impulse für die Landeskirchen in deren eigenen Veränderungsprozessen berücksichtigt werden sollen, kommen mehr wie aneinanderge reihte Stichworte daher als ein systemati



„Bei der Entwicklung der Leitsätze war die verfasste Pfarrerschaft nicht beteiligt. Eine theologische Reflexion hat nicht stattgefunden. Ebenso wenig eine Deutung hinsichtlich der Ziele und der möglichen Auswirkungen in Kirche und Gesellschaft.“

scher Entwurf: Frömmigkeit – Seelsorge – Öffentlichkeit – Mission – Ökumene – Digitalisierung – Kirchenentwicklung – Zugehörigkeit – Mitarbeitende – Leitung – Strukturen – EKD und Landeskirchen. Im Vorspann finden sich viele Gemeinplätze, z.B. die Leitsätze „erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Sie wollen diskutiert, ergänzt, verändert und angepasst werden“ (S. 1) etc. Am Ende zielten sie auf verbindliche Verabredungen, und man höre: sie konkretisierten sich in den Vorschlägen des Begleitenden Finanzausschusses für eine Finanzstrategie der EKD. Offensichtlich sind es also mehr als „Impulse“, auch wenn das Gegenteil behauptet wird, wie offen doch der Diskussionsprozess sei.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier durchgängig der Versuch unternommen wird, auf allen Ebenen alle „auf Linie“ zu bringen: „Allein der – mitunter mühsam errungene – Konsens erlaubt den Weg ins Weite.“ (S. 1). Ein erheblicher Konformitätsdruck wird ausgeübt. In Satzungen wird dazu subtil verschleiert, wer das Handeln bestimmt. Ein Beispiel: „Zukünftig wird es noch wichtiger, dass Mitarbeitende mit Leitungs- und Führungsaufgaben im Sinn gesamtkirchlicher Orientierung und christlicher Identitätsbildung wirken. Die Leitungs- und Entscheidungskultur im kirchlichen Raum darf den Maßstäben christlicher Gemeinschaftsbildung nicht widersprechen. Angesichts der Wucht der anstehenden Aufgaben können Entscheidungen nicht dem Selbsterhaltungsinteresse von Teilbereichen dienen. Transparenz, Partizipation und gute Begleitung sind die Voraussetzung dafür, dass Beteiligte die Prozesse eines freiwilligen Zusammengehens in größere Einheiten und selbstgesteuerte Kooperationen mittragen und mitgestalten können.“ (S. 24f.)

„Am Ende zielten die Leitsätze auf verbindliche Verabredungen, und man höre: sie konkretisierten sich in den Vorschlägen des Begleitenden Finanzausschusses für eine Finanzstrategie der EKD.“

unbehaglich? Das hat etwas von der Kirche des Mittelalters, die „freiwillige“ Bekenntnisse oft genug erzwingen wollte. Der „Weg ins Weite“ zwingt erst einmal offensichtlich in die Enge. Das Papier der EKD atmet keine Freiheit, so wenig wie das vorherige Papier „Kirche der Freiheit“. Es ist ein Phänomen, dass die Titel solcher Schriften das Gegenteil dessen deklarieren, was die Inhalte sagen.

Dazu sind sie in sich unstimmig – die „Kirche auf gutem Grund“ bewegt sich „hinaus ins Weite“. Und was ist eigentlich „Zukunft einer aufgeschlossenen Kirche“? Das ist so schräg wie das Bild von den Leuchttürmen in GPS-Zeiten.

Alle Zukunftsüberlegungen, so heißt es ganz am Ende des Papiers, nachdem im angefügten 12. Leitsatz das Verhältnis von EKD und Landeskirchen thematisiert wird, seien von dem Grundgedanken getragen „Die Kirche ist nie fertig, das Beste kommt noch.“ Doch dabei ist nicht vom Reich Gottes die Rede, das Jesus verkündigt hat (man denke an das Bonmot: „...und gekommen ist die Kirche“), sondern es ist nur von der weiteren Kirchenentwicklung die Rede. Die Kirche, diesen Eindruck muss man haben, ist ein Selbstzweck. Dem System Kirche geht es um Selbsterhalt, letztlich um Macht im Sinne einer Einheitspartei.

Luthers 95 Thesen zum Vergleich hatten einen anderen Tenor: Buße. Aber von Buße ist diese heutige Kirche auf dem Weg „zur Zukunft einer aufgeschlossenen Kirche“ weit entfernt. Statt Reformation wird es nur weitere „Struktur- und Reformprozesse“ geben mit dem einen Tenor, den diese 12 Leitsätze aussenden: man dreht sich um sich selbst. Um es unverblümt und hart zu sagen: es handelt sich um eine gigantische, neurotische, langweilige Selbstbeschäftigung von Kirche mit Kirche ...

Wenn Sie das hören, liebe Brüder und Schwestern, wird es Ihnen da nicht auch

Es fällt schwer, zu glauben, dass es bei den laufenden „Struktur- und Reformprozessen“ nicht um Zentralisierung und Hierarchisierung geht, sondern um „wechselseitige Stärkung“ (S. 29). Denn immer wieder werden die „größeren Einheiten“ (S. 25) als notwendig beschworen – bis hin zur EKD der „Gemeinschaftsplattform für alle, die sich zur evangelischen Kirche zählen“, die „für die Gemeinschaft handeln“ will (S. 28). Die 12 Leitsätze sollen auch für die „Transformations- und Zukunftsprozesse der Landeskirchen“ (S. 28/S. 6) Richtlinie sein.

Bei uns im Kirchenkreis, in dem es ja bereits eine fusionierte Großgemeinde gibt, die tatsächlich „Evangelische Kirchengemeinde Zehn Türme“ heißt, konnte unsere Kirchengemeinde mit der Nachbargemeinde Dickenschied zusammen gerade noch eine Fusion zu einer weiteren Großgemeinde abwehren. Die hätte sich dann „Evangelische Kirchengemeinde Elf Türme“ nennen können – hätte doch zu den „Elf Leitsätzen“ der EKD gepasst ... wir haben das mit etwas Spott kommentiert und auf den Trikots unserer Konfirmandinnen und Konfirmanden stand beim Konfiricup am 29.2.2020 in Kirchberg: „Elf Türme? - Helau!“ Oder sinnigerweise hätte sie sich auch „Lützelsoonblick“ nennen können – gibt es doch bereits eine Evangelische Kirchengemeinde "Soonblick" im Kirchenkreis Simmern-Trarbach.

Auf dem Land sind die Strukturveränderungen hin zu immer größeren Einheiten verheerend. Selbstorganisation und Eigenverantwortung gehen verloren, wo Gemeinden de facto entmündigt werden. Ehrenamtliche geben resigniert auf, weil sie eben nicht mehr unsere Kirche als presbyterianisch-synodal erleben, sondern als kreissynodal-scheinpresbyterianisch. Sie können nur noch mehr oder weniger „umsetzen“, was von oben angeordnet

wird. Umgekehrt proportional zum Abbau der Pfarrstellen wächst die Verwaltung und am Ende regelt eine Behördenkirche die Geschäfte. Was zur Folge hat, dass Menschen aus dieser Kirche austreten, weil sie ihre Beheimatung in ihrer Ortsgemeinde verlieren, der man ihren Pfarrer oder ihre Pfarrerin genommen hat und schlussendlich eines Tages auch ihre Dorfkirche nehmen wird, weil in der ohnehin keine Gottesdienste mehr stattfinden und sie nur noch als Kostenfaktor gesehen wird.

Die Kirche, die unterwegs ist überall zu mehr Gerechtigkeit (Gendergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, Bibel in gerechter Sprache), die zu Recht „sexualisierte Gewalt“ aufarbeitet, ist anscheinend blind gegenüber der „strukturalisierten Gewalt“, die sie selbstständigen Gemeinden antut. Wenn die sich wehren und Kritik üben, setzen sie sich sogleich dem Vorwurf aus, nicht „solidarisch“ zu sein und Kongregationalismus zu betreiben. Wenn sie sich redlich um die Angelegenheiten um ihren Kirchturm herum bemühen, mit Gewissenhaftigkeit und Liebe ihre Gemeinde pflegen, setzen sie sich dem Vorwurf aus, „nicht über ihren Kirchturm hinaus zu denken“.

Das ist eben auch so ein destruktives Narrativ: das „Kirchturmdenken, das es zu überwinden gilt“. Tiki Küstenmacher könnte es wohl trefflich karikieren, wie sie nun alle auf ihren Kirchtürmen stehen (immerhin besser als auf den Leuchttürmen) und „hinaus in Weite“ schauen, statt sich vor Ort um ihre Kirchengemeinde zu kümmern, um ihren Kirchturm herum aufzuräumen und ihre Hausaufgaben zu machen.

Wie lange noch werden Synoden und Kirchenführer die Geduld der Basis missbrauchen?

Zum Beispiel auch dort, wo es um die Zulassung von ausgebildeten Theologin-



„Tiki Küstenmacher könnte es wohl trefflich karikieren, wie sie nun alle auf ihren Kirchtürmen stehen und „hinaus in Weite“ schauen, statt sich vor Ort um ihre Kirchengemeinde zu kümmern.“

nen und Theologen geht, die nach zwei bestandenen theologischen Examina sich noch einem zentralen Bewerbungsverfahren ausgesetzt sehen müssen, um erst nach diesem Assessment nach abgeleistetem Vorbereitungsdienst Aufnahme in den Probiedienst zu finden. Eine handverlesene Jury bewertet sie aufgrund schriftlich eingereichter Unterlagen und zuletzt anhand der persönlichen Präsentation an einem „Bewerbungstag“. An diesem final entscheidenden Tag werden acht Kompetenzen bewertet, mit einem Punktesystem (40 von 60 möglichen Punkten müssen erreicht werden) wird die Zulassung ausgesprochen oder eben verweigert.

De facto und de jure handelt es sich um ein „Drittes Examen“. Eine solche Vorauswahl durch eine Jury schränkt definitiv die Freiheit der Pfarrwahl durch die Gemeinde ein. Das Votum aus der Vikariatsgemeinde, wo gerade z.B. die Kompetenz von Leistung und Belastbarkeit über zwei Jahre hin wahrhaftig besser beurteilt werden konnte als mit der Momentaufnahme eines Bewerbungstages, spielt bei der Freigabe zum Probiedienst nur eine marginale Rolle.

„Dieses Punktesystem mit seiner Umrechnung von Durchschnittsnote – Notendurchschnitt in Punkten und Punkten der Bewerbungsbewertung und der finalen Rundung auf eine Dezimalstelle nach kaufmännischer Art, ist ein eigenes kritisches Studium wert.“

Zwei Beispiele, liebe Schwestern und Brüder, eines von der EKD, eines von der Evangelischen Kirche im Rheinland. Und wenn nun auch, sei es bei der EKD-Synode in Berlin oder im Ausbildungsdezernat in Düsseldorf etwas nachgebessert wird – über diese Fehler im System muss geredet werden, und das nicht nur hinter verschlossenen Türen.

Der Zukunftsforscher Matthias Horx hat festgestellt, dass nicht zuletzt gerade die Krise durch die Corona-Pandemie uns zwingt, uns neu zu überlegen, wie wir uns als Zivilisation weiterentwickeln wollen (zit. n. FOCUS Nr.35 vom 22.8.2020, S. 28ff.). Auf unsere Kirche bezogen heißt das: Wollen wir endlich wieder mehr Gemeindekirche statt weiter wachsender Behördendikirche, wollen wir wieder mehr Selbstbestimmung und Vielfalt von Ortsgemeinden statt Gleichschaltung mit Top-Down-Hierarchie nach SED-Manier?

Professor Reinhard Schmidt-Rost hat es heute vormittag ganz klar und hart formuliert: wollen wir evangelische Kirche sein, die in ihrer Gestalt und in ihren Ordnungen - bis hin in die Prüfungsordnung und Bewerbungsverfahren - sich am Evangelium orientiert, ja das Evangelium lebt, oder machen wir mit bei der Botschaft der Gesellschaft in neustezeitlicher Manier „Der Stärkere ist der Bessere“. Ich zitiere noch einmal Reinhard Schmidt-Rost: „Soweit sind wir auch heute noch nicht, diesen Grundzug der Selbstbehauptung als Grundzug neustezeitlicher Gesellschaften zu erkennen, selbst Kirchenleitungen inszenieren sich noch in der Position des Stärkeren, obwohl ihr evangelischer Grundgedanke der sein müsste, der es in der Praxis vieler Christen auch ist: Nicht der Stärkere ist der Bessere und der Gesellschaft Nützlichkeit, sondern der, der die Vielfalt des Lebens pflegt und bewahrt.“

So gerade wieder beim letzten dieser Bewerbungstage geschehen, wo ein Kandidat knapp unter 40 Punkten blieb. Dieses Punktesystem mit seiner Umrechnung von Durchschnittsnote – Notendurchschnitt in Punkten und Punkten der Bewerbungsbewertung und der finalen Rundung auf eine Dezimalstelle nach kaufmännischer Art, ist ein eigenes kritisches Studium wert. Am Ende dieses fragwürdigen Systems wird ein junger Theologe ausgemustert, der in unserer Kirche dringend gebraucht wird. Er wird arbeitslos und geht, wenn er sich anderswo mit Erfolg bewirbt, vielleicht unserer Kirche verloren. Und die Gemeinden müssen dabei machtlos zuschauen, wenn ihre Bittbriefe, mehr können sie in diesem System nicht tun, ungehört bleiben.

Unserem Vorstandsmitglied Reinhard Schmidt-Rost ist es übrigens zu verdanken, dass das „Deutsche Pfarrerblatt“ künftig nicht „Deutsches Pfarrblatt“ heißen wird, sondern „Deutsches Pfarrerinnen- und Pfarrerblatt“. Auf der Mitgliederversammlung in Quedlinburg 2019 kam es – unter etwas unglücklichen Umständen – zum Beschluss der Umbenennung in „Deutsches Pfarrblatt“. Dieser Beschluss konnte aber noch nicht ausgeführt werden, da erst eine Satzungsänderung auf der folgenden Mitgliederversammlung 2020 notwendig war. Reinhard Schmidt-Rost ließ es keine Ruhe. Er recherchierte noch einmal und kam zum Ergebnis, dass der Begriff „Pfarrblatt“ im deutschsprachigen Raum die traditionelle Bezeichnung für den Gemeindebrief in römisch-katholischen Gemeinden bzw. Seelsorgeeinheiten ist. Auch der Begriff „Pfarrbrief“ klingt römisch-katholisch, entsprechende Publikationen in evangelischen Gemeinden heißen dagegen „Gemeindeblatt“ oder „Gemeindebrief“. Auch die Genderfrage würde durch „Pfarrblatt“ in ein eigentümliches Zwielicht gerückt, denn solange Frauen in der römisch-katholischen Kirche nicht zum Priesteramt zugelassen werden, sollte eine evangelische Zeitschrift nicht modernen ökumenischen Bestrebungen zur Gleichberechtigung (vgl. etwa Maria 2.0) in den Rücken fallen mit dem Begriff „Pfarrblatt“.

Dem Antrag des Vorstandes des Evangelischen Pfarrvereins im Rheinland, den Beschluss von Quedlinburg zu überprüfen und die Neubenennung des Deutschen Pfarrerblattes noch einmal zu diskutieren, wurde in Leipzig entsprochen.

Mit großer Mehrheit wurde schließlich der Beschluss von Quedlinburg aufgehoben und nach der Suche nach einem eben auch gendergerechten Titel ein neuer Beschluss gefasst. In dem Titel „Deutsches Pfarrerinnen- und Pfarrerblatt“ kommen die Frauen nun expressis verbis vor, und den Menschen, die sich geschlechtlich in Pfarrerinnen oder Pfarrer so nicht wiederfinden können, wird nun nicht mit einem Gendersternchen * Ausdruck gegeben, dafür aber mit dem Untertitel, den Schriftleiter Dr. Peter Haigis vorgeschlagen hat und der Bestandteil des neuen Beschlusses wurde: „Die Zeitschrift für Menschen im Pfarrdienst“.

Ich komme zum Schluss.

Der Evangelische Pfarrverein im Rheinland steht für engagierte Einsatz für die Menschen im Pfarrdienst in unserer Kirche. Trotz Pfarrvertretung werden wir immer wieder konkret für Unterstützung angefragt. Gerade im zurückliegenden Jahr stellten wir wieder mehr Beratungsnachfrage fest. Die Überlastung im Pfarrberuf nimmt deutlich zu durch die Reduzierung der Pfarrstellen.

Obwohl die Zahlen beim theologischen Nachwuchs stark rückläufig sind und wir andererseits mehr Vereinsmitglieder wegen Austritt aus Alters- und Krankheitsgründen oder eben durch Tod verlieren, ist unser Mitgliederstand über eintausend geblieben. Bitte werben Sie künftig verstärkt für die Mitgliedschaft im Pfarrverein, es lohnt, Mitglied zu sein und es stärkt die notwendige Solidarität in unserem Berufsstand.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit



„Obwohl die Zahlen beim theologischen Nachwuchs stark rückläufig sind und wir andererseits mehr Vereinsmitglieder wegen Austritt aus Alters- und Krankheitsgründen oder eben durch Tod verlieren, ist unser Mitgliederstand über eintausend geblieben.“

- Friedhelm Maurer ist seit 1991 Pfarrer in Gemünden (Hunsrück) und seit 1999 Vorsitzender des Evangelischen Pfarrvereins im Rheinland. (Das Foto stammt vom Pfarrerinnen- und Pfarrertag 2019.)

Entwurf eines offenen Briefes zum Reformationsfest 2020...

*...der dann doch nicht veröffentlicht wurde,
aber hier dokumentiert wird.*

Als die „Elf Leitsätze für eine aufgeschlossene Kirche“ im Sommer 2020 veröffentlicht wurden, hat sich der Vorstand des Pfarrvereins intensiv damit und mit der Frage befasst, wie damit umzugehen sei. Im Zuge dieser Beratung ist die Idee dieses offenen Briefes entstanden, der mit der Möglichkeit, ihn zu unterschreiben, an alle Vereinsmitglieder versandt werden sollte. Da in der Zwischenzeit die „Elf“ durch die „Zwölf Leitsätze“ ersetzt wurden und die öffentliche Diskussion damit zunächst beendet war, haben wir davon abgesehen, ihn zu versenden.

Wir dokumentieren ihn hier nun nachträglich als Entwurf und möchten damit veranschaulichen, wie sehr die Diskussion um die „Elf Leitsätze“ uns aufgewühlt und beschäftigt hat. Deren Neufassung als „Zwölf Leitsätze“ ist nun sehr viel vorsichtiger vorgenommen und mit einem - wenn auch nachträglich aufgesetzten - theologischen Gedankengang versehen worden. Aber das Anliegen der zwölf Sätze ist exakt das selbe wie das der verworfenen Elf Sätze.

Da für unseren Beruf als Pfarrerinnen und Pfarrer sehr viel davon abhängt, wie die Entwicklung auf EKD-Ebene weitergeht, werden wir sie mit kritischem Blick, aber auch mit einer uns alle verbindenden Solidarität mit unserer Kirche weiter verfolgen. Mit den „Zwölf Leitsätzen“ hat das Gespräch darüber weder begonnen - uns ist es wichtig, die heftige vorhergehende Diskussion um die „Elf Leitsätze“ in Erinnerung zu behalten. Noch wäre es in unserem Sinne, wenn sie mit deren Verabschiedung auf der EKD-Synode

(gleichzeitig zum geplanten Pfarreinnen und Pfarrertag) zu Ende wäre. Die in diesem Entwurf zum Ausdruck gebrachten Anliegen haben sich damit keineswegs erledigt. Das vereinsinterne Gespräch darüber wird auf der neuen Blog-Seite des Pfarrvereins pfarrverein-rheinland.de fortgeführt werden können.

Hier nun der Wortlaut:

Wir zweifeln nicht daran, dass die Kirchen vor großen Herausforderungen stehen. Wir sind aber gewiss, dass sie auch in Zukunft für das Leben der Menschen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft größte Bedeutung haben werden. Wir sind verantwortlich dafür, dass unsere Kirche auch in Zukunft das Wort Gottes in Gesetz und Evangelium verkündigt und Gottes Versöhnung, Menschenwürde, Hoffnung und Achtsamkeit den Prinzipien von Stärke und Macht, Leistungsfähigkeit und Konkurrenz entgegenhält. Die Gesellschaft braucht die Kirche, um nicht von Selbstbehauptung und Vergeltung dominiert zu werden. Die Kirche fördert die Beteiligung aller Menschen an der Gestaltung des Lebens in Vielfalt.

Unsere Evangelische Kirche kann diese Verantwortung nur wahrnehmen, wenn sie tatsächlich und im ursprünglichen Sinne evangelisch ist. Nur als reformatorische Kirche ist sie „Kirche der Freiheit“, indem sie

**„Wir zweifeln nicht
daran, dass die Kirchen
vor großen
Herausforderungen
stehen. Wir sind aber
gewiss, dass sie auch
in Zukunft für das
Leben der Menschen
und den
Zusammenhalt in der
Gesellschaft größte
Bedeutung haben
werden.“**



- auf das eine Wort Gottes als einzige Offenbarungsquelle ihrer Verkündigung hört;
- sich seinem Zuspruch und Anspruch stellt und die Botschaft von der freien Gnade Gottes ausrichtet an alles Volk;
- den Gemeinden vor Ort die Verantwortung für sich selbst zurückgibt;
- die Gemeindeglieder zur Freiheit und Dienstbarkeit eines Christenmenschen und;
- zur Wahrnehmung des Priestertums der Getauften berufen sieht und zurüstet;
- die Menschen in der Gemeinde folglich nicht als Kunden eines Dienstleistungsunternehmens oder als Betreuungsfälle einer Behörde sieht, sondern als Schwestern und Brüder und Glieder am Leib Christi;
- die Unabhängigkeit des Predigtamtes und die Freiheit des Pfarramtes wiederher stellt und bewahrt.

Unsere Evangelische Kirche wird sich überfordern und scheitern, wenn

- weiterhin und zunehmend die Gemeinden und ihre Mitglieder bevor-

mundet werden und ihnen die Möglichkeit genommen wird, für sich und ihre Gemeinden vor Ort die Verantwortung zu übernehmen;

- die Ortskirchengemeinden zu immer größeren Einheiten und Regionen zusammengesetzt und fusioniert werden, so dass von Gemeindekirche im neutestamentlichen Sinne nicht mehr gesprochen werden kann;
- die Verwaltung in unüberschaubare, immer größere und komplexere Systeme aufgerüstet wird, was zu immer höherem Verwaltungsaufwand und also Mehrkosten führt;
- die Leitung der Kirche immer mehr zur zentralen Steuerung wird statt sich als Dienst für die Gemeinden zu sehen in Aufsicht, Ermahnung und Ermutigung, Vermittlung und Repräsentanz;
- wenn sie endlos „Struktur- und Reformprozesse“ mit einer Flut von „Papieren“, wie zuletzt die Zwölf Leitsätze der EKD „Hinaus ins Weite – Kirche auf gutem Grund“, initiiert und betreibt, statt aufgeschlossen zu sein für eine notwendige und wirkliche Reformation unserer Kirche.

„Unsere Evangelische Kirche wird sich überfordern und scheitern, wenn weiterhin und zunehmend die Gemeinden und ihre Mitglieder bevormundet werden und ihnen die Möglichkeit genommen wird, für sich die Verantwortung zu übernehmen.“

„Legen Sie einmal die elf Leitsätze neben die zwölf Sätze...“

Fragen zu den „Leitsätzen für eine aufgeschlossene Kirche“...

...an Rolf Wischnath

- *Als die Elf Sätze erschienen sind, haben Sie mit heftigen Widerspruch reagiert. Was genau war es, was Sie dagegen aufgebracht hat?*

Die Bibel- und Theologielosigkeit der elf Leitsätze. Ihre Gemeindeferne. Die faktische Geringschätzung des Standes der Gemeindepfarrer*innen. Die konsistoriale Anmaßung einer EKD-Abteilung. Und außerdem hat es mich regelrecht verstört, dass dieses Papier u. a. auch die Präsidenten der Westfälischen Kirche, der Ratsvorsitzende und Landesbischof der Ev. lutherischen Kirche Bayerns und der Bischof von Berlin, Brandenburg und der Oberlausitz gebilligt haben.

- *Die Neufassung, nun als Zwölf Sätze formuliert, hat die "Elf Sätze" noch mal deutlich verändert. Von „Frömmigkeit“ ist gleich am Anfang die Rede. Es gibt nun einen Leitzatz zu der in der ersten Fassung übersehnen Seelsorge, der Dienst von Pfarrerinnen und Pfarrern wird nun gewürdigt und auch die Rolle der Ortsgemeinden wird nicht außer Acht gelassen. Sind die Probleme damit beseitigt?*

Die am Anfang aufgeführte „Frömmigkeit“ ist die wächserne Nase liberaler Theologie, die sich der „Fromme“ drehen und wenden kann, wie's beliebt. Die einzige Bedingung für „Frömmigkeit“ ist nur eben, dass sie „authentisch“ sei. Und nun legen Sie einmal die früheren elf

Leitsätze neben die von der EKD-Synode verabschiedeten zwölf Sätze. Gibt es – von der von Ihnen genannten Ergänzung abgesehen – einen Leitsatz in der zweiten Auflage, welcher die frühere erste Fassung wesentlich verändert, zurücknimmt oder gar falsifiziert? Was passiert dort mit den biblischen Bezügen? Der scharfsinnige Theologe Friedrich Wilhelm Graf (München) hat einmal von einer „Zurufsexegese“ gesprochen.

- *Manche sagen aber auch, dass durch die Zwölf Sätze den ursprünglichen Elf Sätzen die Spitze abgebrochen wurde. Ich habe die Meinung gehört, die "Elf Sätze" seien gewissermaßen „durchgefallen“. Trifft das zu?*

Man hat sie andächtig verkleidet und ergänzt.

- *Werden die "Zwölf Sätze" überhaupt irgend eine Auswirkung auf das kirchliche Geschehen haben?*

Das Gemeindeverständnis, wie es in der Barmer These III festgehalten wird, befindet sich in der Auflösung. Gemeinden sollen nur noch Dependance einer „Oberkirche“ sein. Das ist ein riesiger Schaden. - Aber es sollte auch die Rede sein von Besitzstandswahrungen mancher Gemeinden und Landessynoden, wie ich



sie kennengelernt habe. Sie sind oft ziemlich abgeschottet. [Manche nennen das auch „strukturkonservativ“.] Und das ist auch ein Problem. Sinnvolle Fusionen – etwa von Kirchenkreisen oder Landeskirchen – sind nur eben schwer vorzunehmen. Zweckmäßige Zusammenlegungen, die die Gemeinden vor Ort stärken und die behördlichen „oberen Ebenen“ schwächen, können oft nur eben schwer umgesetzt werden.

- *Die Elf bzw. bzw. Zwölf Sätze sind eine Reaktion die sichtbar gewordene Notwendigkeit eines tiefgreifenden Wandels der evangelischen Kirche. Wir sollte Ihrer Meinung nach der Wandel aussehen?*

Also, das ist ja eine Frage. Wie sollte ich darauf in einem Interview antworten? Aber drei Aspekte will ich nennen – und die im Ernst:

1. Stets zu singen und zu beten: „Komm Heiliger Geist, Herre Gott, erfüll mit deiner Gnaden Gut deiner Gläub'gen Herz, Mut und Sinn, dein brennend Lieb entzünd in ihn“ [EKG 125]

2. Stets zu beherzigen: „Gottes Wort muss Widerstand haben, damit man seine Kraft sehe. Tut um Gotteswillen etwas Tapferes“ (Zwingli).

3. Stets zu glauben und zu hoffen: „So wird die Kirche in der Welt erhalten, dass sie auf einmal vom Tode aufsteht, ja am Ende geschieht diese Erhaltung jeden Tag unter vielen solchen Wundern. Halten wir fest: Das Leben der Kirche ist nicht ohne Auferstehung, noch mehr: nicht ohne viele Auferstehungen.“ (Calvin).

- *Noch eine Frage mit Blick besonders auf die Rheinische Kirche: Sie haben auf die Emder Synode 1571 hingewiesen. Dort wurde das Modell einer Kirche entworfen, in der die Ge-*

meinden sich unterstützen und keine Gemeinde über der anderen stehen soll. Eignet sich dieses Modell noch als realistische Perspektive für eine Landeskirche zwar mit presbyterianisch-synodalem Selbstverständnis, aber mit stark konsistorial geprägten Strukturen?

Ja. Wer die Axt an die Wurzel der presbyterianisch-synodalen Ordnung legt, vergreift sich an einem „Grundstück“ einer evangelischen Gemeinde und einer Synode, in der sich evangelische Gemeinden versammeln. Aber: Man mache es sich nicht zu einfach. Das Konsistorium einer Landeskirche kann auch ein gemeindebezogenes und konstruktives, landeskirchliches und überregionales Büro der Gemeinden sein. Ich habe in meiner Zeit in Westfalen, im Rheinland und in Brandenburg konstruktive und hilfreiche, ihre Kirche und ihre Gemeinden versorgende und unterstützende geistliche Konsistoriale und Juristen erlebt. Natürlich nicht alle. Das ist ja bei den Theologen nicht anders. Jene haben auch ein geistliches Amt, das sich dem Bekenntnis, der theologischen Reflexion und dem Gebet verpflichtet weiß.

- *Holger Pyka, ein rheinischer Kollege, hat den Vorschlag einer "palliativen Ekklesiologie" gemacht.¹ Damit meint er "eine Lehre von der Kirche, die nicht nur mit dem Abbau einzelner Gemeinden, sondern mit dem Ende der Kirche in der uns bekannten Form rechnet". Sie würde dazu befreien, das Ende der "austherapierten" Kirche würderoll zu gestalten. Ist das lediglich der Sarkasmus eines originellen Theologen oder könnte mehr hinter solchen Ideen stecken?*

Also „palliative Ekklesiologie“ – das ist nun aber der schrecklichste Begriff, den ich im Zusammenhang der Debatte um die Reform unserer Kirche höre. Es ist ja



„Aber: Man mache es sich nicht zu einfach.

Das Konsistorium einer Landeskirche kann auch ein gemeindebezogenes und konstruktives, landeskirchliches und überregionales Büro der Gemeinden sein. Ich habe konstruktive und hilfreiche, ihre Kirche und ihre Gemeinden versorgende und unterstützende geistliche Konsistoriale und Juristen erlebt“

¹ Pyka, Holger, Austherapiert. Plädoyer für eine palliative Ekklesiologie; 2020: <https://kirchengeschichten.blogspot.com/2020/06/austherapiert-pladoyer-fur-eine.html>



ein Wort des Totenreiches. Und es zu gebrauchen ist Unglaube. Sonntag für Sonntag sprechen wir den dritten Artikel des Glaubensbekenntnisses. Es wäre doch nur eben von Übel, wenn wir dieses Bekenntnis nicht tatsächlich auch auf eine dringende Reform unserer Evangelischen Kirche beziehen würden. Noch einmal

Calvin: „Obwohl die Kirche zur Zeit kaum zu unterscheiden ist von einem toten oder doch invaliden Manne, so darf man doch nicht verzweifeln; denn auf einmal richtet der Herr die Seinigen auf, wie wenn er Tote aus dem Grab erweckte. Das ist wohl zu beachten!“

Prof. Dr. Rolf Wischnath (*1948) war Pfarrer der EKvW und der EKiR. Von 1995 bis 2004 war er Generalsuperintendent in Brandenburg. Der EKD-Synode gehörte er von 1990 bis 2004 an. Von 2005 bis 2019 lehrte er Systematik im Fach Evangelische Theologie an der Universität Bielefeld. Er ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder und vier Enkelkinder. (Die Fragen stellte Stephan Sticherling)

*„Obwohl die Kirche
zur Zeit kaum zu
unterscheiden ist von
einem toten oder doch
invaliden Manne, so
darf man doch nicht
verzweifeln; denn auf
einmal richtet der Herr
die Seinigen auf, wie
wenn er Tote aus dem
Grab erweckte. Das ist
wohl zu
beachten!“ (Calvin)*

In eigener Sache...

Neue Blog-Seite des Pfarrvereins pfarrverein-rheinland.de

Corona hat verhindert, auf dem Pfarrerinnen und Pfarrertag 2020 ins Gespräch zu kommen. Hier ist eine Alternative.



Auf der Blogseite **pfarrverein-rheinland.de** werden die Artikel dieses Heftes und weitere erscheinen. Auch Ihre und Eure Wortmeldungen, Anmerkungen, Anregungen, Entdeckungen, Ergänzungen und Korrekturen gehören hier hin. Hier haben wir Gelegenheit, ins Gespräch kommen. Was auch nötig ist, damit wir Einfluss auf das nehmen können, was in unserer Kirche geschieht.

Ein erstes Thema schlage ich hier vor:

Aus der Düsseldorfer Synagoge ist mir berichtet worden, dass Rabbinerinnen und Rabbiner in den jüdischen Gemeinden in Deutschland nie dem Vorstand angehören, geschweige denn dass sie dort den Vorsitz ausüben. Auch dem Zentralrat der Juden in Deutschland gehört nicht eine einzige theologische Person an. Dagegen ist bei uns die Beteiligung von Pfarrerinnen und Pfarrern an Gemeinde- und Kirchenleitung durch die Kirchenordnung festgeschrieben. Die Frage stellt sich, ob das wirklich so sinnvoll ist.

Müssten nicht der Dienst an Wort und Sakrament und die Gemeinde- bzw. Kirchenleitung konsequent auseinander gehalten werden? Liegt hier die Ursache zum einen für das sehr klerikale Erscheinungsbild auch der Evangelischen Kirche in der Öffentlichkeit, zum andern für

Überlastungssyndrome im Pfarrberuf? Oder ist die theologische Kompetenz - die sich oft mit weiteren Kompetenzen verbindet - für die Wahrnehmung von Gemeinde- und Kirchenleitung unverzichtbar? Wollen wir auf die Möglichkeit, mitzuentscheiden und Verantwortung zu übernehmen, wirklich verzichten?

Was meinen Sie, meint Ihr? Auf Ihre und Eure Einschätzung dazu bin ich sehr gespannt. Das wären die Optionen - vielleicht gibt es noch weitere:

- *Pfarrdienst und Gemeinde- und Kirchenleitung müssen unbedingt auseinandergehalten werden.*
- *Pfarrerinnen und Pfarrer sind notwendig an Gemeinde- und Kirchenleitung zu beteiligen.*
- *Pfarrerinnen und Pfarrer können, müssen aber nicht an Gemeinde- und Kirchenleitung beteiligt werden.*
- *Ob Pfarrerinnen und Pfarrer an der Gemeinde- und Kirchenleitung beteiligt werden, hängt von den jeweils gegebenen örtlichen Voraussetzungen ab.*

Wir sind sehr gespannt auf Ihre und Eure Kommentar dazu! Weitere Themen werden folgen und können vorgeschlagen werden. Wir sehen uns auf **pfarrverein-rheinland.de!**

Von oben herab / Ausgefallene Feste

Wenig Weihnachtliches aus Herrenhausen
Gereimte Kommentare zur Lage

Reinhard Schmidt-Rost

Unser Vorstandsmitglied Reinhard Schmidt-Rost ist bekannt dafür, dass er gerne aktuelle Ereignisse lyrisch kommentiert. Wir wollten die jüngsten Früchte seines dichterischen Tuns den Lese- rinnen und Lesern nicht vorenthalten:

Vom Himmel hoch, da kommt sie her,
der Kirchenleitung alte Mär,
bald sei verzehrt das ganze Geld,
das sie selbst nie bereitgestellt.

Es sei nun endlich an der Zeit
zu finden rechte Einigkeit
bei dem, was nur die Leitung quält,
weil sie statt Worten Geld nur zählt.

So merkt denn die Zeichen recht,
die Leitung, die ist niemals schlecht (!!),
es gibt nur, was sie selbst beschloss,
sie ruht ja in McKinseys Schoß.

Wer sich nicht regt, wird ausgezählt,
Gemeinde ist längst abgewählt,
die Alten sind uns eh' egal,
da kümmern wir uns später mal.

Des lasst uns alle fröhlich sein,
das Management zieht mit uns ein,
verliert's am Ende die Geduld,
am Unglück sind wir selber schuld.

...und eine weitere lyrische Stellungnahme zum Thema:

Von bloßen Zahlen lasst euch bloß nicht schrecken
von leeren Kirchen nicht und leeren Kassen,
wenn es denn stimmt! Wir lassen nicht verblassen,
was jedermann am Glauben kann entdecken:

Wie Gott der Menschen Kräfte stets will wecken,
dass sie einander stützend unterfassen,
und käme Not hierher in großen Massen,
es soll kein Christ die Friedenswaffen strecken:

Aus jeder Hilfe neue Kräfte blühen,
noch immer sät Hingabe Freundlichkeit,
und geht einmal die Saat nicht auf, wir ziehen
uns nicht zurück von Elend, Not und Leid,
weil wir doch selbst von Gott Beschenkte sind,
seit uns die Eltern trugen als ein Windelkind.



Ausgefallene Feste

Es ist ein fremdes Jahr, bar aller Feste,
was selbstverständlich war, es fiel ins Wasser,
der Virenstrom, er wütet immer krasser,
es bleiben vom Gewohnten kaum noch Reste,

Terminkalender wie entlaubte Äste,
die sorgenvollen Mienen immer blasser,
ob Pfleger, Ärzte, ob Report-Erfasser,
was werden soll? Sie hoffen halt das Beste
und wissen selbst nicht, was noch werden mag,
muss jeder etwa jetzt alleine feiern?

Wer wollte weiter denken als von Tag zu Tag?
Ergraut die Welt vom Meeresstrand bis Bayern,
wer noch nicht müde ist, der pflegt den Schatz
der Feste: "ausgefallener" Ersatz.

Ausgefallene Feste – Trauung

Die Hochzeit feiern wir nur in Gedanken,
die Kirche ist aus Vorsicht längst geschlossen,
wir hätten es nicht unbeschwert genossen
das Fest, aus Furcht, dass Ältere erkranken,

Hygiene-Mundschutz: der Gefühle Schranken,
der Anlass wird ein andermal begossen,
wenn Krankheitssorgen gnädig sind verflossen,
und keine Virusangst lässt länger wanken.

Im Geiste malen wir den Festtag aus,
und pflegen unsre tiefe Zweisamkeit,
wir bleiben wetterunabhängig still zuhause,
ganz unbeschwert von Hochzeitsfrack und - kleid,
und freuen uns auf jene fernen Tage,
wenn endlich weicht die Heimücke der Plage.

Ausgefallene Feste – Totengedenken

Wer wollte nicht in diesen düstern Zeiten,
da Sicherheit erneut ein Fremdwort wird,
nach Väter Sitte und ganz unbeirrt,
den Gang zum Grab des Nachbarn mitbegleiten?

Wer wollte nicht in diesen stillen Tagen,
beim Abschied nehmen und zu feiern helfen,
gedankenvoll entschweben mit den Elfen,
die engelgleich die letzten Schritte tragen?

Wer wollte sich nicht diesem Zug verbünden,
mit einer Kerze, einem Blumengruß

wer wollte nicht im Dunkeln noch verkünden,
hier liegt ein Mensch, er war uns ein Genuss.

Wir feiern seine Kraft, wohl unter Schmerzen,
er hat auf uns gewirkt, auf unsre Herzen.

Ausgefallene Feste - Der Martinstag

Der Martinstag kam dies Jahr ohne Züge,
kein Reiter hoch zu Ross und keine Lieder,
Corona hielt die Freiluft-Freude nieder,
zu ernst die Krankheit, keine Medienlüge,
dass, wer betroffen, schwer darniederliege.
nur langsam wüchten alte Kräfte wieder,
Genesene beklagten matte Glieder,
Ansteckungsvorsicht über alles siegte.

Und auch in Häusern und in großen Räumen,
wo sonst die Martinsgans gegessen wird,
da konnte man nur von Gemeinschaft träumen,
weil jedermann die Furcht im Herzen spürt,
man könnte selbst von fernen Nachbartischen,
das Virus unerkannt doch noch erwischen.

Ausgefallene Feste – Advent

Der schwerste Ausfall steht uns noch bevor,
das Weihnachtsfest mit seinen vielen Farben,
wie werden jetzt vor allem Kinder darben,
wenn dieses Fest nun seinen Glanz verlor?

Vom Münstersturm schweigt der Posaunenchor,
vertraute Weihnachtslieder fast erstarben,
in weichen Kinderseelen bleiben Narben,
liest einer noch die alten Worte vor?

Vielleicht ermutigen sich Vater, Mutter,
ihr Kind, das sie in Liebe doch gezeugt,
zu nähren mit des Festes Geistesfutter,
das ihnen durch die Weihnachtsnacht gezeigt,
wie aus der Herzen klarer Gottesnähe,
ein stiller Festtag schließlich doch erstehe.

Ausgefallene Feste – Weihnachten

Der Weg zu diesem Weihnachtsfest ist länger
nach Tagen nicht, wohl aber im Gemüt,
auch wenn die Azalee frisch erblüht,
Erwartung bleibt ganz ungewohnt, weil bänger,

denn ungeschützt des vollen Mundes Sänger,
von dem sonst ungetrübt der reine Ton erglüht,
die Weihnachtsbotschaft fast noch unbemüht
der Welt vermittelt‘, aber nun viel strenger
auf solche Botschaft vorsichtig geachtet ...
damit kein neuer Virus ihr entweicht,
der auch die Wirkung dieses Fests entmachtet,
Frieden auf Erden singt sich nicht mehr leicht,
wenn aber dieses Jahr bedroht das Fest,
dann betet alle gegen Lungen-Pest

Ausgefallene Feste – Silvester

Wird dieses Jahr der Himmel einmal schweigen,
nicht aufgeschreckt vom Krachen bunter Böller,
vom Funkenregen überm Sternensöller,
wird sich das Altjahr einmal ruhig neigen?

Doch schon formiert sich der Silvester-Reigen
der Leute, die den Jahreswechsel heller
und richtig laut mit zünftigem Geballer
zu feiern vorziehn, sich nicht gerne zeigen
nachdenklich, sinnend, voll Erinnerung,
ist Ruhe nicht nur für die Alten, Schwachen?

S i e lassen es auch diesmal lieber krachen,
lassst doch die Alten, wir sind jung mit Schwung.
Wer will die Stimmung immer noch verriesen?
Wir werden Böller auf die Viren schießen.

Ausgefallene Feste - Drei Könige

Die Kinder-Könige
mit ihrem Stern
sie ziehn von Tür zu Tür
es sind nur wenige
doch gehn sie gern,
mit dem Gespür ...
dass, wenn sie singen,
die Münzen klingen
für die, die arm und fern ...

Ausgefallene Feste - Erscheinungsfest

Zu guter Letzt zu denken noch der Weisen,
von Sternenkindern jedes Jahr besungen,
mit ihren ungetrübten Lippen, Zungen,
wie sie von Ferne zu dem Stalle reisen,

Kamelgetragen, nicht auf Eisengleisen,
des Sternes Stand hat sie dazu gedrungen,
den Kindern aber ist es stets gelungen
mit ihren fröhlich-festlich hellen Weisen
der Hörer Herzen freundlich zu bewegen,
Die Tür zu öffnen und auch Herz und Hände
um mitzugeben von dem Festtagssegen,
so manche milde und auch noble Spende.
In diesem Jahre sind die Gruppen klein
und gehen niemals in ein Haus hinein.

Ausgefallene Feste - Beethoven-Jubiläum

Das ganze Jahr als großes Fest gedacht,
im deutschen Sprachraum zwischen Bonn und Wien,
dem Genius angemessen, nicht zu kühn,
es wurde ausgelöscht schier über Nacht.

Hat Künstler drauf in große Not gebracht,
die Zukunft scheint den meisten gar nicht grün,
so mancher hat von Eltern Geld geliehn,
doch Hilfsbereitschaft wurde auch entfacht,
das teure Gut, Kunst und Musik, zu retten,
die Menschen Leben, Geist und Würde spenden,
was wäre, wenn wir sie nicht weiter hätten,
wenn Existzenzen materiell verenden?

Ein schwacher Trost in diesen trüben Zeiten,
sie wollen bald das Alte neu bereiten.

Coda

Den Ausfall ausgefallen zu gestalten,
sind Künstler, Kaufmann und „Kaplan“ bemüht,
denn wer die Not der Einsamen recht sieht,
der kann sich kaum an strikte Regeln halten.

Wer weiß denn, was verkürzt den Weg der Alten,
in der doch noch des Lebens Funke glüht
und die genau spürt, was mit ihr geschieht,
wie soll man ihren Abend recht verwalten?

Wo De- und Wehmut sich mit Mut verbinden,
da wird nicht alles gut, doch kann man hoffen,
dass Lebensnot und Todesangst entschwinden,
und Gnade hält auch letzte Wege offen ...

Die Restitution des Gemeinde-Prinzips als Profilraum der Zukunft

Hartmut Becks



1 Perspektivwechsel

Seit über einem Jahrzehnt bemüht sich ein relativ überschaubarer Kreis innerhalb der EKD darum, die Kontroverse um das reformatorische Gemeindeprinzip wach zu halten. Hat dies aber nach all den wegweisenden synodalen Entscheidungen und den inzwischen längst eingeleiteten Strukturveränderungen vieler Gliedkirchen überhaupt noch einen Nutzen? Lohnt sich die zähe Debatte, in der offenbar alle Argumente ausgetauscht und die Weichenstellungen unwiderruflich erfolgt sind?

Die Maßnahmen aus dem Reformpapier „Kirche der Freiheit – Perspektiven für die Kirche im 21. Jh.“¹ von 2006, vor allem die Schaffung von Großeinheiten, sind an vielen Orten umgesetzt und so leuchtet einer jüngeren Generation die Brisanz der Fragestellung verständlicherweise kaum mehr ein. Eher wittern sie pure Fortschrittsverweigerung, sturen Konfessionalismus oder stereotypisches Kirchurmdenken.

In der schlichten Außenwahrnehmung geht es ja vordergründig auch erst einmal um die rechtliche Stellung der Ortsgemeinden, die Wahrung der presbyterianischen Ordnung, die Kompetenzen der kirchlichen Verwaltungsbehörden sowie die Bedeutung der Parochie und des örtlichen Pfarramtes. All das muss

auf den ersten Blick in der Tat als verkrustet, realitätsfern und lange überholt wirken.

Dass sich aber dahinter in Wahrheit eine viel tiefere, nämlich soziologische und sozialpsychologische Problemstellung verbirgt, gerät so leider - ob gewollt oder nicht gewollt - völlig aus dem Blickfeld. Dabei könnte die kritische und vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit dem empirischen Forschungsstand dem ganzen Thema vielleicht eine völlig unerwartete und überraschend andere Wendung verleihen.

Womöglich könnte sich dabei herausstellen, dass die etablierten Zentralisierungs- und Fusionsstrategien der vergangenen 15 Jahre im Ergebnis rückwärtsgewandter und verfehlter waren als es auf den ersten Blick schien.

2 Erforschung der sozialen Ungleichheit

Bis in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts beruhte die herkömmliche Sozialstrukturanalyse letztlich auf der Prämissen der marxistischen Klassentheorie oder funktionalistischer Schichtungsmodelle. Man hielt es für ausgemacht, dass vor allem Einkommen, Qualifikation und Herkunft etc. prägend für die Herausbil-



„Daher war nicht eine Tendenz zu immer einheitlicheren Großgebilden oder egalitären Verbänden, sondern sehr viel eher zu kleinteiligen Szenen, Stilen, Gruppierungen, Vereinen oder Gemeinschaften zu beobachten.“

dung von Lebensweisen, Einstellungen und Gruppen etc. seien.

Alle maßgeblichen Ungleichheiten von Kulturmustern und Leitvorstellungen wurden so letztlich auf ökonomische Ursachen reduziert. Als Folge des Kapitalismus galt somit gesellschaftliche Ungleichheit eher als Defizit und sollte zunehmend in Richtung einer immer gerechteren „Angleichung“ der Kultur- und Lebensverhältnisse überwunden werden. Dieses „**Gleichheitsparadigma**“ ist bis heute in politisch-ideologischen Diskursen wirkmächtig.

Aber schon Mitte der 70er Jahre mehrten sich durch neue Methoden und differenziertere Befragungsverfahren ernste Zweifel an der Monokausalität monetärer Erklärungsmodelle. So begann man zunehmend statt auf die „vertikalen“ Unterschiede von Großgruppen eher auf „horizontale“ Ungleichheiten, Stile, Prägungen, Regionen, Traditionen, Orte und Kohorten zu achten. Die Untersuchung der **sozialen Ungleichheit** wurde zugleich stärker entideologisiert.

Gewachsener Wohlstand, soziale Absicherung, größere Freizeit, kleinere Familien, veränderte Traditionsbündnisse, beschleunigte Mobilität und Kommunikation führten schließlich in den 80er Jahren zur Herausbildung einer postmodernen Sozialforschung, die Ungleichheit nicht mehr als defizitären Begriff qualifizierte, sondern im Gegenteil als selbstverständliche Bedingung einer zunehmend **pluralisierten Lebenswirklichkeit** wahrnahm.

Der Begriff „Ungleichheit“ erhielt so im Rahmen der Sozialforschung eine positive Konnotation, da gerade hier auch Identifikationsräume, Szenen, Profile, Milieus etc. abbildbar waren, die in einem zunehmend unübersichtlicher werdenden Angebotsraum das wachsende Bedürfnis

nach Orientierung und Zugehörigkeit ermöglichten.

In postmodernen „Risiko- und Erlebnisgesellschaften“² (2) ist der Wahldruck, der infolge der gestiegenen Optionalität auf jedem Einzelnen lastet, so gewaltig, dass Zuordnung, Schematisierung und Identifikation, aber dadurch auch Distanzierung und Unterscheidung eine psychologisch immer bedeutendere Rolle zukommt, weil damit Entlastung, Verortung und somit Stabilität und Sicherheit verbunden ist.

Daher war auch in der Entwicklung des Sozialraums im Laufe der 90er Jahre nicht eine Tendenz zu immer einheitlicheren Großgebilden oder egalitären Verbänden, sondern sehr viel eher zu kleinteiligen Szenen, Stilen, Gruppierungen, Vereinen oder Gemeinschaften mit klar umrissenen Prädikaten, Eigenheiten, lokalen oder regionalen Verankerungen zu beobachten.

Die Lebensphilosophie, der Ich-Welt-Bezug oder auch die spezifischen Präferenzen, jeweilige Traditionen und Gegebenheiten charakterisieren die Gemeinschaften in der Regel so prägnant, um Identifikation und Orientierung in der „neuen Unübersichtlichkeit“ zurückzufinden zu können.

Die postmoderne Sozialforschung gelangte also auf diesem Wege zu einer Umwertung und **Neudefinition von sozialer Ungleichheit**. „Gleichheit“ im Sinne von einheitlich strukturierten und egalitär verbundenen Großgebilden, im Sinne von kollektiven und möglichst zentralen Zusammenschlüssen konnte kein Idealzustand in pluralen und ausdifferenzierten Gesellschaften mehr sein.

Diese Erkenntnisse hatten folglich dann auch Auswirkungen im ökonomischen Bereich: Eine Abkehr von Großraumbüros hin zu mehr Kleinteiligkeit und

Teambildungen, Rückentflechtung von Großkonzernen. Auch in der Werbewirtschaft oder im Kulturbetrieb war eine viel zielgerichtetere und milieuspezifischere Herangehensweise zu beobachten.

Damit ging einher, dass weite politische Kreise sich von der Fantasie verabschiedeten, dass Diversität von Sozialmilieus und die Separierung von Schichten durch die ökonomische Herstellung absolut „gleicher“ Verhältnisse und Voraussetzungen zu beenden sei.

Auch bei ökonomisch völlig vergleichbaren Grundbedingungen bleibt es bei Segregation. Im Gegenteil ist durch Angleichung eher noch ein höheres Bedürfnis nach Individualisierung zu beobachten, das sich vor angeordneten Vereinnahmungen plakativ sträubt.

3 Adaption im kirchlichen Raum

Im Rahmen meiner Dissertation habe ich dann seit Anfang der 90er Jahre versucht, die Forschungsergebnisse der postmodernen Sozialtheorie in den Raum der praktischen Theologie zu transferieren.³ Bei Vorträgen und Referaten vor kirchlichen Gremien und Gemeinden fiel mir aber schon sehr bald eine eigenartige Paradoxie ins Auge:

Einerseits wurden die neuen Einsichten, vor allem die Ergebnisse der postmodernen Sozialforschung mit größtem Interesse und hoher Zustimmung angenommen. Viele Befunde der empirischen Befragungen und der statistischen Auswertungen deckten sich einfach mit Beobachtungen und Ahnungen, die schon länger im kirchlichen Raum präsent waren. So war auch klar, dass die einheitlichen praktisch-theologischen Konzepte der Vergangenheit, die im Grunde dem alten „Gleichheitsparadigma“ der Frankfurter Schule folgten, so nicht fortgeführt werden konnten und es einer wesentlich

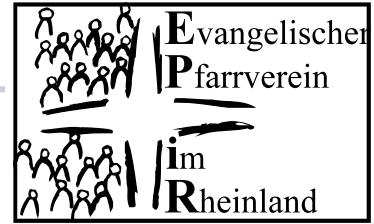
differenzierteren und milieuspezifischen Herangehensweise bedurfte.

Andererseits zeigte sich in den oft anschließenden Diskussionen ein ausgeprägtes Beharrungsvermögen, ein Fremdheitsgefühl den Auswirkungen und Konsequenzen der neuen Modelle gegenüber. Ganz offensichtlich wurde also die unübersehbare Ungleichheit von Milieus, Szenen, Regionen, Gemeinden und Verbänden auch im Raum der Kirche nicht bestritten, aber ideologisch doch eine stärkere Vereinheitlichung, Kollektivität, Solidarität, Gesamtstruktur gewünscht und gefordert, die dem Idealbild einer „Einigkeit im Geist“ nach Epheser 4 nicht nur innerlich, sondern auch institutionell zu entsprechen hatte.

Milieutheorien, die unterschiedliche und plural abgrenzbare Sozialräume auch im Raum der Kirche voraussetzen, wurden aus diesem Impuls oft skeptisch in Frage gestellt oder sogar bestritten. Das heißt: Trotz anderer soziologischer Einsichten und Analysen von eklatanter Ungleichheit auch im Raum der Kirche hielten (und halten!) große Teile der Funktions- und Entscheidungsträger im Grunde am äußerst konservativen „**Gleichheitsparadigma**“ fest.

Das bedeutete in Bezug auf die kirchenpolitische Realität: Unterschiedliche Prägungen, Traditionen, Stilbildungen, Verfasstheiten von Gemeinden oder kirchlichen Gruppen bestehen weiter, sind aber grundsätzlich eher im Sinne einer umspannenden Gemeinschaftsidentität von Synoden oder gar Landeskirchen zu überwinden.

Trotz veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse und der anderslautenden soziologischen Erwägungen wurde also das Augenmerk nicht auf die unbedingte Stützung, Bewahrung und Förderung von eigenständigen Verbänden, gewachsenen Strukturen und selbstständigen Kirchen-



„Trotz anderer soziologischer Einsichten und Analysen von eklatanter Ungleichheit auch im Raum der Kirche hielten (und halten!) große Teile der Funktions- und Entscheidungsträger im Grunde am äußerst konservativen „Gleichheitsparadigma“ fest.“

gemeinden gelegt, sondern im Gegenteil eher auf Fusionen und Zentralstrukturen hingewirkt. Großeinheiten mit überregionalen Identifikationsorten („Leuchtfeuer“) wurden präferiert. Darin sollten sich alle Milieus sozusagen „übergreifend“ wiederfinden.

Die Schaffung einer verbindenden und in Zukunft verbindlicheren „corporate identity“ von Ev. Kirche im Allgemeinen galt als vornehmstes Ziel kirchenleitenden Handelns, um einer Zersplitterung und Vereinzelung mit der Hoffnung auf größere Wahrnehmbarkeit entgegenzuwirken.

4 Gravierende Strukturreformen des 21.Jh

Im neuen Jahrtausend wurde schließlich mit der Durchsetzung dieses - unter soziologischen Gesichtspunkten - im Grunde anachronistischen Ansatzes der Zentralisierung und der Fusion ehemalig selbstständiger Einheiten auch in den protestantischen Kirchen begonnen.

Motiviert vom „Rat“ der EKD und befürchtet vom scheinbar progressiven Konzept einer neuen „Kirche der Freiheit“ begannen Synoden und kirchenleitende Gremien in vielen Landeskirchen damit, Strukturdebatten zu führen, Reformprozesse einzuleiten, Rahmenkonzepte zu entwickeln und Kirchenordnungen zu verändern.

„Dabei bot das „Gleichheitsparadigma“ den eigentlichen moralischen Argumentationsboden für die Erzählung, dass die Existenz der Kirche in Zukunft nur „gemeinsam“ in umfassenden Zusammenschlüssen denkbar sei.“

Erwägungen eine entscheidende Rolle. Durch Verwaltungszusammenschlüsse, Einführung neuer Buchhaltungssysteme und der Abkehr von der Kameralistik, durch Kirchenkreisverbindungen oder flächendeckende Gemeindefusionen erhoffte man sich Synergieeffekte und massive Einsparungen, die man dann an anderer Stelle für aufwendige kirchliche Gemeinschaftsprojekte nutzen würde.

Selbstverständlich war mit erheblichem institutionellem Widerstand der Gebietskörperschaften zu rechnen, die sich vor allem gegen Hierarchisierung und Bürokratisierung zur Wehr setzten.

Dabei bot nun wiederum das „**Gleichheitsparadigma**“ den eigentlichen moralischen Argumentationsboden für manch Einschnitte und Verluste, vor allem die Erzählung, dass die Existenz der Kirche in Zukunft ohnehin nur „gemeinsam“ in umfassenden Zusammenschlüssen denkbar sei.

Nur in großen Einheiten mit allgemeingültigen Maßstäben seien christliche Institutionen und Kirchen in Säkulargesellschaften überlebensfähig.

(In diesem Zusammenhang erhielt übrigens der Begriff „**Solidarität**“ eine eher moralische Wendung: Wenn es um synodale Einwilligung zu Maßnahmen oder Reformprozessen ging, wurde Solidarität oft nicht mehr nur „erbeten“ oder „erhofft“, sondern eher „erwartet“ oder sogar „eingefordert“.)

Der ständige Rückbau von Gemeindepfarrstellen und der Mangel an zukünftigen Theologen schien zunächst der Richtigkeit des Konzeptes eines massiven Rückzuges aus der Fläche und dem Ausbau von Zentralstrukturen rechtzugeben. Offensichtlich gab es gar keinen anderen Weg zur Konsolidierung. So wurden besonders in den Ostkirchen im ersten Jahrzehnt des 21. Jh. immer mehr ehemals

Hinter all dem stand das Bestreben **Großeinheiten** zu schaffen, Kleinteiligkeit aufzulösen, um so die Steuerbarkeit und Effektivität kirchlichen Handelns in der Öffentlichkeit zu optimieren. Nicht selten wurden sogar zu diesem Zweck Unternehmensberatungen in den Kirchenleitungen mithinzugezogen.

Denn natürlich spielten im Hintergrund immer auch ökonomische und finanzielle

selbstständige und jeweils pastoral versorgte Kirchengemeinden in Großpfarreien umgewandelt oder in Teampfarträumtern vereinigt.

Die pastorale „Grundversorgung“ sollte zunehmend zentral organisiert werden. Auf diese Weise wurden einzelne Theologen für 15 und mehr Dorfgemeinden gleichzeitig zuständig. Die Aufgabe von Eigenständigkeitsrechten in den Gemeinden und der damit verbundene Wegfall von lokalen Gremien führte in der Folge zu einer Reduzierung von Ehrenamtlichkeit und auch interessanterweise zu einem Rückgang des faktischen Spendenaufkommens.

Dafür wurden z. T. unter hohem finanziellen Einsatz kirchliche Zentren in größeren Orten oder Städten geschaffen mit dem Ziel und der Vorstellung, dass die Gemeindeglieder aus den umliegenden Dörfern und Landstrichen in Zukunft hier ihre Angebote und Identitätsräume finden könnten.

5 Die Folgen für Kirchenbindung und Gemeindeaufbau

Schon bald zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die hohen Erwartungen, die seinerzeit mit dem Reformkonzept „Kirche der Freiheit“ verbunden waren, in keiner Weise erfüllt werden konnten. Die Vorstellung „gegen den Trend zu wachsen“ oder die „Taufquote“ zu erhöhen, enormen Mitgliederzuwachs aufgrund neuer und experimenteller Gottesdienstformen oder Gemeindeformate zu erreichen etc. etc., all das hat sich mittlerweile als folgenschwere Fehleinschätzung herausgestellt.

Die Mitgliederverluste im Bereich der EKD durch Austritte und die demografische Entwicklung sind auf ein nie gekanntes Rekordniveau angestiegen. Der Rückgang der Kirchensteuereinnah-

men war hingegen bei weitem nicht so maßgeblich wie kirchenamtlich prognostiziert. Die verfügbaren Mittel kamen jedoch im Wesentlichen einer inzwischen sehr breit angelegten kirchlichen Infrastruktur mehr zu Gute als der Stützung der Ortsgemeinden.

Erst durch die jüngsten Mitgliedschaftsbefragungen und die Auswertung der neueren empirischen Studien zur Kirchenbindung wurde unübersehbar der Zweifel an der etablierten Reformstrategie lauter.

Die vom Rat der EKD 2015 vorgelegte Erhebung zur Kirchenmitgliedschaft „Engagement und Indifferenz“⁴ erbrachte im Ergebnis für manche Kirchenleitungen erstaunliche und unerwartete (leider auch unangenehme) Befunde, die letztlich wiederum die herausragende soziologische Bedeutung des örtlichen Pfarramtes sowie des Gemeindeprinzips belegten.

Die Wahrnehmbarkeit des zuständigen Pfarrers sowie die Aktivitäten der örtlichen Kirchengemeinde sind der mit Abstand stärkste Faktor der Mitgliedschaftsbindung. Kennt man den örtlichen Pfarrer nicht oder hat keine Gemeinde vor Augen, dann steigt die statistische Austrittswilligkeit eklatant an:

„Mehr als drei Viertel der evangelischen Kirchenmitglieder kennen eine Pfarrerin bzw. einen Pfarrer mindestens namentlich oder vom Sehen. Ein solcher persönlicher Eindruck - das zeigt der Vergleich mit denen, die keinen Pfarrer kennen - steht in engem Zusammenhang mit der Kirchenbindung. Insofern kann durchaus von einer pastoralen **Schlüsselrolle** für die Wahrnehmung der Kirche im Ganzen gesprochen werden.“ (Engagement und Indifferenz, a.a.O. S. 13)

Daneben kommt die Auswertung der empirischen Untersuchung zu dem Ergebnis, dass übergeordnete Institutionen



„Die vom Rat der EKD 2015 vorgelegte Erhebung zur Kirchenmitgliedschaft erbrachte erstaunliche und unerwartete Befunde, die die herausragende soziologische Bedeutung des örtlichen Pfarramtes sowie des Gemeindeprinzips belegten.“

„Diese soziologisch erwartbaren, aber auch ernüchternden Befunde sollten doch für eine wesentlich stärkere Wertschätzung des örtlichen Pfarramtes, der Wahrnehmbarkeit der christlichen Gemeinden in den Dörfern und Stadtteilen sprechen.“

und Gremien der Ev. Kirche, Synoden, Kirchenparlamente, Kirchenleitungen oder auch Bischöfe, selbst die Arbeit von Werken und Verbänden nur in äußerst geringem Maße von den Mitgliedern wahrgenommen werden und zur Kirchenbindung beitragen.

Diese soziologisch erwartbaren, aber auch ernüchternden Befunde sollten doch für eine wesentlich stärkere Wertschätzung des örtlichen Pfarramtes, der Wahrnehmbarkeit der christlichen Gemeinden in den Dörfern und Stadtteilen sprechen. Selbst die FAZ legte in einem Leitartikel nahe, dass sich aus der Studie nur eine Konsequenz ableiten lasse: Die Kirche müsse wieder möglichst viel Personal an den Wohnorten der Menschen beschäftigen, um Identitätsräume und nachvollziehbare Kommunikation und Verbundenheit zu ermöglichen.

Tatsächlich war aber die strategische Ausrichtung vieler Landeskirchen durch die eingeleiteten Reformprozesse in eine gänzlich andere Richtung verlaufen: Örtliche Pfarrämter und Stadtteilgemeinden wurden und werden weiterhin eher zu Fusionen oder zumindest zu pfarramtlichen Verbündungen bewegt. Durch den Theologenmangel werden mehr und mehr Pfarrstellen in der Fläche eher abgebaut als Personal hinzugefügt. Funktionspfarrämter werden nicht zugunsten der notwendigen Versorgung der Ortsgemeinden reduziert, sondern erweitert.

Darüber hinaus sind Rechte und Kompetenzen der Kirchengemeinden in den letzten Jahren konsequent zu Gunsten von Kirchenkreisebenen, Verwaltungseinheiten oder regionalen Verbünden immer mehr eingeschränkt worden.

Die Ortsgemeinden, die z.T. seit vielen Jahrhunderten ihre Selbstständigkeit und je spezifische Identität und auch Finanzhoheit (!) bewahrt hatten, wehren sich im Hintergrund mitunter erheblich gegen

diesen Versuch der Einflussnahme von anderen Ebenen der Kirche. Auch hier geht es nicht selten auch um die Kirchensteuerhoheit, das Pfarrwahl- und Haushaltsrecht.

Aus diesem Grunde haben sich in vielen Gliedkirchen der EKD inzwischen Kirchenbünde gebildet, die zum Ziel haben, die Rechte der Gemeinden, das Subsidiaritätsprinzip, die presbyterian-synodale Ordnung etc. zu wahren. Besonders reformiert geprägte Gemeinden innerhalb größerer Landeskirchen haben oft keinerlei Verständnis für den Versuch über Synodalbeschlüsse oder Verwaltungsakte auf die inneren Angelegenheiten von Kirchengemeinden Einfluss zu nehmen.

Auch juristisch ergeben sich dadurch mitunter inzwischen eine Reihe von Fragen: Werden die Körperschaftsrechte gewahrt, wenn eine Zentralverwaltung oder ein Kreissynodalvorstand immer häufiger Vorentscheidungen trifft oder mit maßgeblichen Regelungen Kompetenzen begrenzt? Wer schränkt mit welchem Recht Leitungsgremien von Gebietskörperschaften ein? Wo sind die Grenzen synodaler Steuerung? Sind die Neuregelungen der Verwaltungsstrukturreformen mit den weiterhin rechtskräftigen Kirchenordnungen der Landeskirchen kompatibel?

6 Was müsste geschehen?

Sicher ist, dass die Evangelische Kirche in ihrer augenblicklich noch vorfindbaren institutionellen Verfassung so nicht weiterbestehen wird. Alle Daten und Erhebungen sprechen dafür, dass schon im nächsten Jahrzehnt mit einem großen Mitgliederverlust und etwas nachfolgend auch mit einem Rückgang der Finanzkraft zu rechnen ist.

Durch den in den vergangenen 15 Jahren erfolgten Strukturprozess innerhalb vieler

Landeskirchen ist aber nun ein logischer Randeffekt entstanden: Durch die Zentralisierungstendenzen und Fusionsprozesse wurden die meisten Verwaltungseinheiten eher größer als kleiner. Diese bündeln inzwischen an zentralen Orten so viel Kraft und Einfluss, dass eine schnelle Rückkehr in die Fläche so gar nicht mehr möglich erscheint.

Die Gefahr liegt also nahe, dass eine Behördkirche ihre Existenzberechtigung letztlich um ihrer selbst willen behaupten wird und versucht, möglichst viele finanzielle Ressourcen an sich zu binden. Wenn gleichzeitig der Prozess der Unterversorgung und damit des Pfarrstellenabbaus in der Fläche in gleichem Maße voranschreitet, könnte eine Situation entstehen, in der diese „Kirchen-Behörde“ in der Zivilgesellschaft die Rolle, „die Kirche“ insgesamt zu sein, für sich in Anspruch nimmt. Kirche wäre dann eine Art übergreifende Gesamt-Institution ähnlich wie im katholischen Bereich und das reformatorische Gemeindeprinzip damit beendet.

Religiöse Praxis könnte dann zentral formuliert und verbreitet werden und damit wären alle gemeindlichen Ambitionen nicht mehr primär, sondern sekundär. Das Personal wäre nicht nur zentral verfügbar, sondern dann auch austauschbar und beliebig delegierbar.

Hier käme das „Gleichheitsparadigma“ zu seinem Höhepunkt und gleichzeitig zu seinem Abschluss! Denn es würde sich schnell herausstellen, dass es eine Verkündigung, Vermittlung und Bewahrung des Evangeliums nach protestantischem Gemeindeverständnis eben nicht in dieser abstrakten und vereinheitlichten Weise geben kann.

Religiöse Vermittlung, Predigt kann danach nur in Beziehung geschehen, vor Ort, individuell. Gemeinden bewahren eben diese kulturellen und lokalen Ver-

schiedenheiten, die je unterschiedlichen traditionellen Gewohnheiten und Sichtweisen folgen. Auch unterschiedliche Sozialmilieus, Prägungen, Stile, Szenen und Eigenheiten, die zur Identifikation und Verortung dienen, können Gemeinden profilerter, unmittelbarer und eindeutiger verbinden als Großinstitutionen oder Landeskirchenämter.

Daher scheint mir aus soziologischen Gründen für die weitere Zukunft unserer Kirche nur ein Weg wirklich gangbar zu sein: **Die Restitution des reformatorischen Gemeindeprinzips!**

Damit muss unbedingt verbunden sein die Wahrung der Subsidiarität: Alle geistlichen, personellen, finanziellen und liturgischen Entscheidungen, die nicht einer ausgelagerten Kompetenz bedürfen, werden konsequent vor Ort getroffen. Diese Grundfeste muss als Wesensmerkmal evangelischen Kirchenverständnisses bewahrt bleiben.

Nur wenn die rechtliche Stabilität und Autonomie der Kirchengemeinden faktisch nicht mehr gefährdet oder in Frage gestellt wird, können auch neue und kreative Lösungsansätze für die pastorale Versorgung angemessen und mit frischer Motivation vor Ort verhandelt werden. Ein bedeutender Faktor beim Rückgang von Ehrenamtlichkeit ist nachweislich der Entzug von Gestaltungsaufonomie und konkreter Einflussnahme.

Wenn Menschen für ihr jeweiliges Umfeld und für ihren Bereich Eigenverantwortung übernehmen können, dann entstehen mitunter äußerst kreative Herangehensweisen, die nicht selten mit enormer Leidenschaft vorangetrieben werden. Gemeinden als Identifikationsräume des Glaubens beinhalten enorme Möglichkeiten der Beheimatung, des ehrenamtlichen Engagements und der Eigeninitiative.

Noch im 19. Jh. war es z.B. vollkommen normal und gebräuchlich, dass der Vor-



„Wenn Menschen für ihr jeweiliges Umfeld und für ihren Bereich Eigenverantwortung übernehmen können, dann entstehen mitunter äußerst kreative Herangehensweisen, die nicht selten mit enormer Leidenschaft vorangetrieben werden.“

„Eine Dezentralisierung der Verwaltungsaufgaben wäre angezeigt, da oft notwendige Einblicke und Kompetenzen nur vor Ort vorhanden sind und Vorgänge in der Regel so auch kostengünstiger und auf kurzem Wege erledigt werden können.“

stand einer Kirchengemeinde nach Erfahrung und Erprobung und theologischer Fortbildung einen geeigneten Akademiker aus den eignen Reihen zum Pfarrer vorschlagen und berufen konnte.

Auch dies scheint mir für die Zukunft bedenkenswert: Theologische Fortbildung im Fortgang eines anderen akademischen Studiums oder einer vergleichbaren Qualifikation durch gemeindliche Stipendien(!) zu fördern, um Menschen für den Gemeindedienst auszurüsten.

Hier bestünde dann die Möglichkeit, sehr spezifische und den jeweiligen örtlichen Zusammenhängen angepasste Lösungen zu finden, die nicht unbedingt dem be amteten Pfarrbild der Gegenwart entsprechen müssen. Die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung solch konkreter Vorhaben und das Spendenaufkommen für ortsgemeindliche Zwecke ist in der Regel sehr hoch, wenn eine gute Identifikation mit der Gemeinde vorhanden ist.

Auch die Verantwortung für die Verwaltung von Personal, Liegenschaften und Finanzen einer Kirchengemeinde muss stärker an das Leitungsorgan gebunden werden. Schließlich sind Eigentums- und Zuständigkeitsverhältnisse seit jeher durch die Verfassungen und Kirchenordnungen gesetzlich geregelt.

Auch eine synodal beschlossene Gesamtverwaltung kann dieses Grundkonstitutivum nicht aufheben. Schon gar nicht sollte ein örtlicher Träger zu einer Verwaltungsform verpflichtet werden können, die in Bezug auf die jeweilige Leistungsfähigkeit des Gemeinde-Haushalts als überbordend und unverhältnismäßig erscheint oder sich als nicht funktionsfähig erweist.

Eine **Dezentralisierung** der Verwaltungsaufgaben wäre in diesem Sinne angezeigt, da oft notwendige Einblicke und Kompetenzen nur vor Ort vorhanden sind und Vorgänge in der Regel so auch

kostengünstiger und auf kurzem Wege erledigt werden können.

Natürlich ist es nach wie vor nötig und sinnvoll, bestimmte verwaltungstechnische Bereiche zentral zu organisieren. Jedoch zeigt die Erfahrung der letzten Jahre deutlich, dass Großverwaltungen nicht unbedingt effektiver, kompetenter und kostengünstiger gearbeitet haben als die ehemals kleinteiligen örtlichen Verwaltungsmärkte.

In Zukunft wäre also eine Mischform angesagt, die die anstehenden Verwaltungsaufgaben vor allem in einem Gemeindeamt vor Ort und im Weiteren in einem zentralen Verwaltungsamt des Kirchenkreises bearbeitet.

In jedem Fall sollte aber für die Zukunft vermieden werden, dass ein gemeinsames Verwaltungsamt in die nicht angemessene Rolle einer Leitungsfunktion gerät. Verwaltungen haben im Sinne der Evangelischen Kirchenordnungen aus guten Gründen nach wie vor ausschließlich „dienenden“ Charakter.

7 Ausblick

Das Gemeindeprinzip, das als eines der Grundfesten der reformatorischen Kirchen zu gelten hat, sollte nicht allein aus Traditionsgründen, sondern vor allem unter dem Gesichtspunkt der Wahrnehmbarkeit von Kirche in einer zunehmend säkularen Gesellschaft aufrechterhalten werden. Nur durch die konkrete, vernehmbare Präsenz im Alltag vor Ort gelingt die Glaubwürdigkeit, die Überzeugungskraft, das Vertrauen, das den Großinstitutionen in postmodernen Gesellschaften leider nicht mehr entgegengebracht werden kann.

Vielleicht ist es angebracht, sich wieder vom Bild eines imposanten Kreuzfahrtschiffes mit vielen Kabinen unter einer Steuerbrücke zu lösen und ein wenig be-

scheidener auf die sturmerprobten Kutter zurückzukehren, die bei Bedarf gerne eine Fanggemeinschaft bilden.

Anmerkungen

1. Kirche der Freiheit – Perspektiven für die Kirche im 21. Jh. Hannover 2006
2. Beck, U., Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986; Schulze, G., Erlebnisgesellschaft, Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt 1992
3. Becks, H., Der Gottesdienst in der Erlebnisgesellschaft, Bonn 1996
4. Engagement und Indifferenz – Kirchenmitgliedschaft und soziale Praxis, Hannover 2016

- **Dr. Hartmut Becks** studierte Geschichte und Ev. Theologie Marburg, Tübingen, Heidelberg, Wuppertal und promovierte in Bonn. Er ist seit 27 Jahren Pfarrer in Alpen am Niederrhein und nimmt einen Lehrauftrag in Homiletik und Kirchengeschichte in der Diakonenausbildung wahr.



Fragen an das rheinische EKD-Ratsmitglied...

...Jacob Joussen

- *Sie sind jetzt (wenn ich richtig gezählt habe) fünf Jahre als Düsseldorfer Gemeindeglied, Presbyter, Jurist und Fachmann für kirchliches Arbeitsrecht Mitglied des Rates der EKD. Welche Erfahrungen haben Sie dort gemacht und welche Erkenntnisse gewonnen?*

Im Jahre 2015 bin ich in den Rat gewählt worden, das stimmt. Für mich war das eine sehr unerwartete Wahl, da ich weder Mitglied der Landes- noch der EKD-Synode war. Ich war den Synodal/innen unbekannt, und mir war die EKD weitgehend unvertraut. Ich habe viel gelernt in diesen fünf Jahren. Die Funktion der EKD ist mir viel klarer geworden, vor allem auch im Verhältnis zu den Landeskirchen, die sie bilden. Während in der Außenwahrnehmung häufig auf die EKD geschaut wird, sind innerkirchlich die Landeskirchen diejenigen, die gestalterisch tätig sind. Ich weiß aber auch, wie wichtig es ist, dass auch eine gemeinsame evangelische Stimme in Deutschland hörbar ist, etwa zu wichtigen theologischen und ethischen Fragen.

- *Als im Juni 2020 die "Elf Sätze für eine aufgeschlossene Kirche" erschienen sind, wurde damit eine heftige Diskussion entfacht. Wie haben Sie das erlebt und welche Meinung hatten Sie sich damals dazu gebildet?*

Ich war zu Beginn Mitglied des sogenannten „Z-Teams“, das diese Sätze ent-

wickelt hat, bin aber aus verschiedenen Gründen nach ca. einem Jahr ausgeschieden. Über die heftige Diskussion war ich nicht überrascht. Denn mir war klar, dass bei genauer Lektüre viel Sprengstoff enthalten war. Nur ein Beispiel: Es war in der Ursprungsfassung zu wenig von der Gemeinde die Rede. Da ich selber mein Wurzeln in meiner Lutherkirche habe und dort immer noch aktiv bin, als stellvertretender Vorsitzender des Presbyteriums, hatte ich schnell den Eindruck, dass das zu wenig bedacht wurde, wie wichtig diese Ebene ist – bei allem Wert etwa der Digitalisierung. Aber da ist ja dann zum Glück nachgearbeitet worden!

- *Eine prominente Kritikerin der "Elf Sätze" ist Ihre Kollegin an der Bochumer Uni, Isolde Karle, Professorin für Praktische Theologie. Hatten Sie mal Gelegenheit, mit ihr darüber zu sprechen?*

Ja, das hatte ich. Ich arbeite viel mit ihr zusammen, da ich zudem kooptiertes Mitglied der Evangelisch-theologischen Fakultät der Ruhr-Uni bin, haben wir sogar strukturelle Verbindungen. Wir verstehen uns sehr gut – anders wäre es vermutlich auch nicht möglich gewesen, im „Zeitzeichen“ (Heft 6/2020) gemeinsam den Beitrag zum assistierten Suizid zu veröffentlichen, in dem wir anmahnen, dass die Diskussion offener geführt wer-



den muss, als es viele kirchenamtliche Verlautbarungen nahelegen.

- Kurz vor der EKD-Synode sind aus den elf Leitsätzen zwölf geworden, und man spürt ihnen an, dass die kritischen Stimmen sehr genau wahrgenommen worden sind. Die Sprache hat sich verändert und wurde mit theologischer Reflexion verbunden. Aber das Anliegen ist gleich geblieben, oder hat sich auch da was geändert?

Nein, das Anliegen ist gleich geblieben. Es ging von Anfang an um die Frage, wie kann die evangelische Kirche, wie können alle evangelischen Kirchen in Deutschland auf die drängenden Fragen reagieren, wie muss sie sich entwickeln, um ihnen gerecht zu werden: den Herausforderungen durch die Veränderung und Verkleinerung der Mitgliedzahlen, durch die Digitalisierung, durch den bevorstehenden massiven Einbruch der Finanzen. Das waren von Anfang eine der Leitfragen, die den Rat, die Kirchenkonferenz und die Synode angetrieben haben.

- Finden sie den "Zentralismus"-Vorwurf, den wir auch im Pfarrverein gerne an die EKD richten, angemessen oder haben Sie eine da andere Sicht der Dinge?

Nein, ich halte nichts von derartigen Zuschreibungen und Vorhaltungen. Sie werden aus meiner Sicht der Sache nicht gerecht. Ich verstehe, was dahinter steht. Aber es geht nicht um Zentralismus oder Hierarchisierung. Sondern allein darum, wie der Protestantismus sich so entwickeln kann, dass er nicht ins Abseits gerät. Dafür braucht es das Zusammenspiel der Gemeinden, der Landeskirchen und

auch der EKD. Von Zentralismus ist übrigens die EKD schon de facto weit entfernt: Sie hat ja keine Machtmittel, sie hat auch keine Finanzen, die ihr nicht durch die Landeskirchen zugewendet werden. Aber sie kann mit ihren Stellungnahmen durchdringen – das ist ein Wert, den man nicht unterschätzen sollte.

- Wir waren uns ja z. B. im Blick auf den Düsseldorfer "Synodalen Prozess" nicht immer einig. Wenn Sie auf die Rheinische Kirche als Ganze blicken: Befindet sie sich auf einem guten Weg? Was würden sie dem oder der neuen Präses mit auf den Weg geben, wenn Sie ihm oder ihr zur Wahl gratulieren?

In der Tat gab es erhebliche Differenzen zwischen uns, gerade im Hinblick auf die Frage, wie wir uns den drängenden Herausforderungen stellen können. Wir haben hier unterschiedliche Wege präferiert. Ich sehe aber, dass wir insgesamt als Rheinische Kirche, gerade auch hier in Düsseldorf, beginnen zu verstehen, was auf uns zukommt, wenn die Pandemie überwunden ist. Der Mantel der Volkskirche, finanziell wie von den Mitgliedern her, passt heute nicht mehr so, wie noch vor zehn Jahren. Wir müssen uns darauf einstellen – durch Neuausrichtungen, finanzielle Einschränkungen, Trennung von Lieb gewordenen (auch von Gebäuden). Aber das Entscheidende ist: Das darf nicht geschehen, ohne die Menschen mitzunehmen. Die eigentliche Herausforderung liegt darin, dass wir Kirche sind und bleiben. Als Gemeinschaft der Glaubenden. Insofern wünsche ich mir, dass der/die neue Präses ein/e Menschenfischer/in im besten Sinne ist. Die von Herzen die Menschen begeistern kann und sie sich als Kirche fühlen lässt.

- Prof. Dr. Jacob Joussen ist Presbyter in Düsseldorf (Luther-Kirchengemeinde) und seit 2015 Mitglied des Rates der EKD. Seit 2010 lehrt er Jura an der Ruhruniversität Bochum mit Schwerpunkt weltliches und kirchliches Arbeitsrecht und Sozialrecht. (Die Fragen stellte Stephan Sticherling.)



„Es ging von Anfang an um die Frage, wie kann die evangelische Kirche, wie können alle evangelischen Kirchen in Deutschland auf die drängenden Fragen reagieren, wie muss sie sich entwickeln, um ihnen gerecht zu werden.“



Vorstandsmitglieder des Evangelischen Pfarrvereins im Rheinland:

Vorsitzender

Friedhelm Maurer, Gemünden (Hunsrück)

Telefon: 06765-557 - *Email:* Friedhelm.Maurer@t-online.de

stv. Vorsitzender / Schriftleiter

Stephan Sticherling, Düsseldorf

Telefon: 0152-21523490 - *Email:* stephan.sticherling@ekir.de

Geschäftsführer

Gerhard Rabius, Meisenheim

Telefon: 06753 - 123634 - *Email:* Gerhard.Rabius@t-online.de

Kassenführer

Arnulf Linden, Bornheim

Telefon: 02227-7630 - *Email:* alinden@t-online.de

Beisitzer

Prof. Dr. Reinhard Schmidt-Rost, Bonn

Telefon: 0228 - 73-7510 - *Email:* r.schmidt-rost@uni-bonn.de

Beisitzerin

Brigitte Keuer, Ratingen

Telefon: 0211 - 9 38 82-674 - *Email:* brigitte.keuer@jva-duesseldorf.nrw.de

Beisitzer

Dirk Voos, Bonn

Telefon: 01520 - 6312740 - *Email:* dirk.voos@ekir.de

IMPRESSUM

INFO-Brief – Mitteilungen des Ev. Pfarrvereins im Rheinland e. V.

www.epir.de

Herausgeber: Ev. Pfarrverein im Rheinland e. V., Pfarrer Friedhelm Maurer (Vorsitzender), Panzweilerstraße 38, 55490 Gemünden.

Redaktion und Layout: Stephan Sticherling
eMail: stephan.sticherling@ekir.de
Telefon: 0152 21523490

Adressenverwaltung: Geschäftsstelle des Ev. Pfarrvereins im Rheinland, Pfr. i. R. Gerhard Rabius, Carl-Hellermann-Str. 29, 55590 Meisenheim

Druck: Gemeindebriefdruckerei, Martin-Luther-Weg 1, 29393 Groß Oesingen
Versand: Diakonit Werkstätten, Hans-Schumm-Str. 10, 55543 Bad Kreuznach

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin wieder und stellen nicht zwangsläufig eine Position des Pfarrvereins dar.

Blogseite des Pfarrvereins

pfarrverein-rheinland.de

Webseite des Pfarrvereins

www.epir.de

*Die **Pfarrvertretung** der Evangelischen Kirche im Rheinland finden Sie unter:*

www.ekir.de/pfarrvertretung

Der nächste Termin - „Ἔαν ὁ Κόπιος θελήσῃ“ - für den Rheinischen Pfarrerinnen- und Pfarrertag des Pfarrvereins:

8. November 2021

im Uni-Club, Konviktstraße 9, 53113 Bonn



Sicherheit

vrk.de/ethisch-nachhaltig

Filialdirektion Rheinland

Gildehofstr. 2 · 45127 Essen

Telefon 0201 24879500

fd-rheinland@vrk.de

